



im Hier & Jetzt

Editorial.

Wir haben noch eine Stunde bis Redaktionsschluss. Zwei von uns sitzen nebenan und überarbeiten das Glossar, wir anderen überlegen uns, wie wir euch diese Broschüre so schmackhaft machen, dass ihr sie auf jeden Fall lest – weil das müsst ihr, gar keine Frage!

Ob in der Familie oder im Freundeskreis – jede/r von uns kennt jemanden, die oder der von Prekarisierung betroffen ist – wenn wir es nicht sogar selbst sind. Da ist die Studienfreundin, die nach ihrem Abschluss letzten Sommer und unzähligen erfolglosen Bewerbungen Hartz IV beantragt hat und es nicht bekommt, weil sie erst mal die Lebensversicherung ihrer Tochter aufbrauchen muss. Oder der Vater vom Mitbewohner, der nach zwanzig Jahren von seiner Firma gekündigt wurde und nun in eine andere Stadt ziehen musste, um dort einen auf drei Monate befristeten Job zu machen. Oder der Schwager aus Ghana, der trotz 15 Jahren Aufenthalt in der BRD immer noch keinen anderen Job findet, außer frühmorgens um drei die Gänge der TU zu schrubben.

Und dann gibt es diejenigen unter uns, die doch noch einen ganz akzeptablen Job abgegriffen haben. Der ist vielleicht nicht einmal schlecht bezahlt,

macht uns aber dennoch das Leben schwer, weil viel zu viel Zeit dafür drauf geht und Freizeit zum Fremdwort geworden ist. Oder die, die noch ganz passabel im Fahrwasser des Studiums durch's Leben kommen, aber durchaus mitkriegen, dass dennoch keine rosige Zukunft blüht, weil sich alles nur noch um die Frage dreht, wie wir woher unser Geld bekommen.

Das prekäre Leben hat viele Gesichter. Aber der Druck und Zwang, sich bis in die letzte Ecke des eigenen Lebens zu verwerten, nimmt für alle Menschen in dieser Gesellschaft zu. Behalten wir unsere Arbeit? Kriegen wir wieder welche? Nehmen wir die Stelle an, obwohl sie nur mit 6,50 € pro Stunde bezahlt, nicht sozialversichert und auf Abruf ist? **Tolle Studienabschlüsse und schicke Laptops können dabei noch etwas abfedern, was andere schon mit voller Wucht getroffen hat:** Eine ständige Existenzangst, die Sorge um das Überleben im nächsten Monat, im schlimmsten Fall die Aufgabe von Hoffnungen auf ein besseres Leben.

Aber ist ja auch nicht so, dass uns und anderen nichts einfallen würde, wie man sich das Leben etwas leichter macht. Mal stecken wir bei Karstadt was ein, ohne zu bezahlen, und freuen uns über den guten Schinken für free. Mal fahren wir in der

Gruppe zum Nulltarif – Pech für Kontrollettis. Auch das Leben in Wohngemeinschaften, das verlängerte Studium oder das Krankfeiern an Schwesterchens Geburtstag usw. sind alltägliche kleine Auswege, über die eigentlich keiner groß redet. **Was noch fehlt ist der Ausweg im großen, der gemeinsame Kampf für ein Leben ohne ständige Unsicherheit – ohne Prekarität.** Mit diesem Heft wollen wir uns und Euch dazu aufrufen, dem Unwillen, der Angst und Wut Gehör und Stimme zu verschaffen und nach Möglichkeiten zu suchen, die kleinen Schritte zu gehen, die notwendig sind, um für andere Verhältnisse, für ein besseres Leben zu kämpfen.

Ach so, wer ist eigentlich dieses ›wir‹, von dem hier die ganze Zeit geredet wird? ›Wir‹ ist die Berliner Gruppe FELS – Für eine linke Strömung. FELS ist seit 15 Jahren in vielen sozialen Bewegungen in Berlin und in der Welt aktiv. Wir haben die ›Berlin umsonst‹-Kampagne gemacht, arbeiten mit Flüchtlingsinitiativen zusammen und mobilisieren gegen den G8 Gipfel nach Heiligendamm. Und wir organisieren die Maydayparade mit, die am 1. Mai 2007 zum zweiten Mal durch Berlin ziehen wird. Wer mehr wissen oder mitmachen will, guckt sich unsere Website www.fels-berlin.de an oder schreibt ne Mail an fels@nadir.org.

Und jetzt viel Spaß beim Lesen!



We will be Heroes

DIE RÜCKKEHR DER SUPERHELDEN



Früher war die Welt noch einfach. Es muss irgendwann in den 1980ern gewesen sein, da sang die Hamburger Punkband Slime doch tatsächlich: ›Montagmorgen, neue Woche /und ab geht's wieder zur Maloche/dieselben Fratzen, dasselbe Gelaber /ja, du liebst dein Arbeitslager«. Und viele sangen fröhlich mit.

Früh morgens um acht zur Arbeit gehen und abends um fünf die Werkstore wieder hinter sich lassen – nichts war in der Linken der damaligen Bundesrepublik verpöner als das spießige Arbeitsleben der Elterngeneration. Klar, es gab die Stahlkrise, der Thatcherismus hinterließ auch zwischen Sindelfingen und Rüsselsheim seine ersten Spuren – doch die junge Generation von damals wusste: Wer sich nicht völlig dämlich anstellt, kriegt schon einen Job. Und so wagten viele Mittelstandskinder auch mal den – zumeist temporären – Ausstieg. Man gönnte sich mal eine Zeit als Punk, stieg bei einer Landkommune ein oder kiffte sich die Rübe voll.

Diese Zeiten sind vorbei. Hartz IV gibt es seit zwei Jahren, die Rente ist für alle 30-Jährigen ganz sicher unsicher. Und spätestens seit dem Platzen der New-Economy-Blase ist auch der Traum nach einem selbstbestimmten Arbeitsleben unter den knallharten Bedingungen der freien Marktwirtschaft ausgeträumt. Alle sehnen sich plötzlich nach jener Sicherheit, die sie an ihrer Elterngeneration verachtet haben. Auf einmal finden sich verschiedenste Menschen zusammen auf einer Demo wieder, was vor einigen Jahren noch unvorstellbar war. Die ›Yuppies‹ der Generation Praktikum Hand in Hand mit dem 43-jährigen Autonomen. Sie eint vor allem eins: ihr prekäres Leben.

Dabei ist Prekarität keineswegs ein neues Phänomen. Tagelöhner und Arbeitskräfte auf Abruf gab es auch in vorkapitalistischen Feudalzeiten. Was neu ist: Nach vier Jahrzehnten gefühlter sozialer Sicherheit in der Bundesrepublik hat das unwohlige Gefühl der Unsicherheit nun auch die Mittelschicht erreicht. Es sind nicht nur die Putzfrau, der Bauarbeiter oder der Toilettenputzer, sondern auch der Webdesigner, die Rechtsanwältin oder der Wissenschaftler, die in eine Zukunft blicken, die ihnen keine finanzielle und soziale Sicherheit mehr bietet.

Natürlich gibt es einen Unterschied, ob sich einer mit 3 Euro pro Stunde durchs Leben schlägt oder ob Honorarsätze von 3.000 Euro am Tag winken. Und Zeiten relativer Unsicherheit lassen sich besser überstehen, wenn man zur Not auf die gut gepolsterte Kreditkarte des Elternhauses zurückgreifen kann. Was sie aber alle eint, ist das Phänomen Unsicherheit – mit all seinen sozialen, psychischen und finanziellen Folgen. Das trifft auch die digitale Bohème. Bleibt ein Auftrag aus, kann es auch für ihn schnell vorbei sein mit dem gewohnten Lebensstil.

Was neu ist:
Nach vier Jahrzehnten
gefühlter sozialer Sicherheit
in der Bundesrepublik hat
das unwohlige Gefühl
der Unsicherheit nun auch
die Mittelschicht
erreicht.

Zahlenmäßig gibt es immer mehr Prekarisierte. Allein in Berlin steckt inzwischen nur noch jede/r dritte in einem sozialversicherungspflichtigen und unbefristeten Arbeitsverhältnis. Alle anderen haben Mini- oder Teilzeitjobs, sind (Schein-)Selbstständige, arbeitslos oder hatten auch noch nie einen Job. Viele machen aus der Not eine Tugend. Die urbanen Tagelöhner bevölkern tagsüber die Cafés – keineswegs aus einer Luxusituation heraus, sondern in der Hoffnung, Kontakte zu knüpfen und neue Aufträge zu erhaschen. Man sieht sich, man zeigt sich, schließlich will man sich nicht hängen lassen.

So soll es weiter gehen? Jeder ist auf sich selbst gestellt? Oder doch Zeit für einen neuen Klassenkampf? Mehr als 150 Jahre hat der von Karl Marx aufgegriffene Interessensgegensatz von Kapital und Arbeit für klare Fronten gesorgt: auf der einen Seite die Repräsentanten des Kapitals, die die Produktion zum Zweck der Kapitalverwertung verwalteten, auf der anderen Seite die LohnarbeiterInnen, die durch ihr Schufften den dafür notwendigen Mehrwert erbrachten.

Der Schritt zur ArbeiterInnenbewegung, in der sich die LohnarbeiterInnen zusammenschlossen, um für ihre Interessen gemeinsam zu kämpfen, war ein weiterer Weg: Wie lange haben die ArbeiterInnen in den Fabriken streiken müssen, bis die Firmenbosse die Gewerkschaften als Verhandlungspartnerinnen akzeptieren mussten? Wie viele Generationen hat es gegeben, bis die 40-Stunden-Woche tatsächlich erkämpft war?

Viel Er kämpftes wird in diesen Tagen wieder in Frage gestellt. Und auch am Gegensatz von Kapital und Arbeit hat sich im Prinzip nichts geändert. Was jedoch verloren ging, ist ein kollektives Kampfbewusstsein. Die ArbeiterInnenbewegung verlor in dem Maße an identitätsstiftenden Merkmalen, wie die LohnarbeiterInnen selbst Teil der bürgerlichen Gesellschaft wurden. Wenn nun an einem April-Samstag einige Hundert junge Leute sich vor dem Brandenburger Tor zu einer ersten PraktikantInnen-Demonstration verabreden, kann sicherlich auch lange noch nicht von einem neuen Prekarität gesprochen werden – in Anlehnung an das Proletariat des letzten Jahrhunderts. Und dennoch regt sich was.

Vergangenes Jahr war es ein blaigrünes krakenhaftes Wesen, das auf dem Kopf eine Badematte trug. Immerhin 6.000 Menschen folgten diesem Wesen namens ›Superprekaria‹ zur ersten Mayday-Parade am in Berlin-Kreuzberg und -Neukölln. In Mailand führte ›San Precario‹ den Demozug und auf der Pariser Mayday-Parade spukte ein Wesen namens ›Super Flex‹ durch die Straßen. Von einem neu entflammenden Kampf der Entrechteten kann noch nicht die Rede sein. Aber immerhin: Auch in diesem Jahr gibt es in Hamburg und Berlin am 1. Mai wieder Vorbilder, ja Superhelden, für einen sozialen Widerstand.



zum Begriff >prekär<

Der vom lateinischen »precarius« abgeleitete Begriff »prekär« bedeutet im eigentlichen Sinne des Wortes »misslich«, »schwierig«, »unsicher« oder auch »vorübergehend«. In der französischen Soziologie wird er spätestens seit den frühen 1980er-Jahren gebraucht, um bestimmte Arbeitsverhältnisse zu beschreiben, mit denen die Betroffenen nicht mehr ihre Existenz sichern können.

Heute wird der Begriff »prekär« benutzt, um einen tiefgreifenden Wandel in der Organisation von Arbeit und die damit verbundenen Lebensverhältnisse zu beschreiben. »Prekär« beschreibt nicht nur Arbeitsplätze mit niedrigem Lohn, mangelndem Kündigungsschutz, geringere Arbeitsplatzsicherheit, sondern sämtliche Arbeitslose, Praktikantinnen und Menschen, die nicht mal Hartz IV in Anspruch nehmen dürfen. Immer stärker sind es aber auch erfahrene Erwerbstätige über 50, die sich angesichts der hohen Arbeitslosigkeit gezwungen sehen, für einen Stundenlohn von drei Euro brutto zu arbeiten. Um zu überleben arbeiten viele 14 Stunden am Tag und mehr.

Prekarität hat Auswirkungen auf sämtliche Lebensbereiche, da Prekarierte nur wenig Einfluss auf die Gestaltung ihrer Arbeit hat, nicht vorausplanen kann, nur einen mangelhaften sozial- und arbeitsrechtlichen Schutz genießt und ihm ständig auch materielle Armut droht.

In Deutschland ist die offizielle Quote prekärer Arbeitsverhältnisse noch verhältnismäßig gering. Den Angaben des Statistischen Bundesamts zufolge liegt sie bei rund 10 Prozent. Tatsächlich ist sie jedoch nicht wirklich messbar. ArbeiterInnen im informellen Sektor, illegalisierte Menschen oder NebenverdienstlerInnen tauchen in dieser Statistik nicht auf. Fest steht: Der Anteil der Normalarbeitsverhältnisse ist von einst 80 Prozent in den 1970er-Jahren auf nunmehr 63 Prozent aller Erwerbstätigen zurückgegangen. Zwei Drittel aller Neuanstellungen werden inzwischen von vornherein zeitlich befristet. Über ein Viertel der Bevölkerung ist nicht mehr in existenzsichernde Erwerbsarbeit einbezogen.



Berlin ist die Hauptstadt der Prekarisierung. Nach Berechnungen des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Hans-Böckler-Stiftung gibt es über 307.000 LohnbezieherInnen mit niedrigem und sehr niedrigem Einkommen. Jede/r 5. Erwerbstätige dieser Stadt bezieht einen Armutslohn, der unter 75 Prozent des jährlichen Durchschnittsverdienstes von 26.200 Euro liegt. Zum Vergleich: 1993 war es nicht mal jede/r 7. Erwerbstätige.

Der Begriff **Prekarität** lehnt sich an den historischen Begriff Proletariat an. Mit der Verschärfung sozialer Unterschiede seit den 1970er Jahren wurde der Klassencharakter der bundesdeutschen Gesellschaft wieder offensichtlich. Relativ abgesicherte Arbeitsverhältnisse und soziales Einkommen wurden in Frage gestellt.

was ist das? prekäre Arbeit

Prekäre Arbeitsverhältnisse gibt es in vielen unterschiedlichen Formen. Gemein ist ihnen, dass das Einkommen häufig sehr niedrig ist und es so gut wie keine soziale Absicherung gibt. Sie werden zum Teil staatlich gefördert oder es sind die mangelnden Bestimmungen im Arbeitsrecht, die prekäre Arbeitsverhältnisse begünstigen.

Zum Beispiel **Scheinselbstständige**. Sie sind offiziell ihre eigenen UnternehmerInnen, die nach der Art ihrer Tätigkeit jedoch zu den regulär Beschäftigten gehören. Die ArbeitgeberInnen sind auf diesem Wege nicht dazu verpflichtet den Arbeitgeberanteil für die Sozialversicherungen zu übernehmen. Sie sind jederzeit kündbar.

Eine andere Art prekär Beschäftigter sind die **Working Poor**. Diese Gruppe von ArbeitnehmerInnen verdient trotz Erwerbstätigkeit so wenig, dass sie ihren existenzsichernden Lebensunterhalt nicht aufbringen können. Durch die Ausweitung der Niedriglohnsegmente auf dem Arbeitsmarkt wächst die Zahl der Working Poor in Berlin dramatisch an und liegt derzeit bei rund 8 Prozent aller Beschäftigten.

Ebenfalls eine Variante des Working Poor sind die **Jobhopper**. Sie zeichnen sich durch häufigen Wechsel des Arbeitgebers aus, was oft auch ein häufiges Wechseln von Arbeitsstelle und Wohnort mit sich bringt. Zunehmend wird das Jobhopping durch Verträge mit kurzen Laufzeiten erzwungen.

Teil der jüngsten Hartz-Reformen ist der **1-Euro-Job**. Er ist mittlerweile zum selbstverständlichen Bestandteil der Arbeitsmarktmaßnahmen geworden ist. Arbeitslose, die nach einem Jahr ohne Erwerb Arbeitslosengeld II in Höhe von 345 Euro erhalten, werden gezwungen, gemeinnützige Arbeit zu leisten, sobald sie eine zugeteilt bekommen. Sollten sie der Anforderung nicht nachkommen, wird ihnen das ALG II gekürzt oder sogar gestrichen. Für die Arbeit wird kein Lohn gezahlt, sondern eine Mehraufwandschädigung, die bei 1 bis 2 Euro pro Stunde liegt. Zahlreiche qualifizierte Kräfte drohen von 1-Euro-Jobbern verdrängt zu werden.

In der Öffentlichkeit wurde auch der Begriff der **Sozialschmarotzer** geprägt. Mit diesem abwertenden Begriff sind all jene gemeint, denen vorgeworfen wird, ihre Existenz auf Kosten des Staates zu bestreiten. Er wird in populistischer Absicht gerne von PolitikerInnen verwendet, um weitere soziale Einschnitte zu rechtfertigen.

Illegalisierte Menschen, das heißt, Menschen ohne gültige Papiere und damit ohne Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung, sind gezwungen sich in informellen Arbeitsverhältnissen im Niedriglohnssektor zu betätigen. Sie sind dementsprechend nicht krankenversichert und können auch nicht von ArbeitnehmerInnenrechten Gebrauch machen. Somit sind Menschen ohne Aufenthaltsgenehmigung der Willkür ihrer ArbeitgeberInnen ausgeliefert, die durch eine Anzeige ihre Abschiebung bewirken können.



»Wie retten Sie die Welt?«

Samuel, 26

1. Wie ist deine Arbeits- und Lebenssituation?

Ich lebe seit sechseinhalb Jahren von Bafög (Verlängerungen und Auslandsaufenthalt haben diese lange Zeit ermöglicht) und schaue nun zum Ende meines Studiums meiner ersten Begegnung mit dem Sozialamt Neukölln entgegen. Da die Ausbildungsförderung nicht reicht, versuche ich mir noch anderweitig Geld zu besorgen. Früher hatte ich eine Stelle als Hilfskraft. Da hatte ich absurderweise zusammen mit Bafög fast mehr Geld zur Verfügung als meine arbeitslosen Eltern. Jetzt bekomme ich zusätzliches Geld aus einem Putzjob und einer Minitätigkeit an der Uni. Ohne dies könnte ich mir keine schicke Schminke kaufen.

2. Wie organisierst du dich für deine Interessen?

Häh? So Politgruppen oder ähnliches? Naja, nach vielen Jahren Unipolitik hab ich keinen Bock mehr auf Buchstabenkriege (die wichtig sind) und versuche mich im Feld performativer Geschlechter- und Sexualpolitiken oder so ähnlich. Organisieren tu ich mich dabei in Gruppen und Vereinen. Die wiederrum Geld kosten, also geb ich doch nicht mein ganzes Geld für Schminke aus.

Viktor, 36

1. Wie ist deine Arbeits- und Lebenssituation?

Ich bin 36 Jahre alt und arbeite seit sechs Jahren selbständig. Ich habe mich bewusst gegen eine Festanstellung im Öffentlichen Dienst entschieden, weil ich frei und selbstbestimmt und ohne Hierarchie arbeiten möchte. Dieser Weg ist zwar insbesondere bei der Versorgung einer vierköpfigen Familie nicht ganz einfach, macht aber mehr Spaß. Und zum Glück verdient meine Frau ja auch.

2. Wie organisierst du dich für deine Interessen?

Da ich gerne so wie bisher weiter leben und arbeiten möchte, tue ich mein Bestes, um erfolgreich bei meiner selbst gewählten Tätigkeit zu sein. Sollte nämlich meine Selbständigkeit scheitern, müsste ich mich viel mehr äußeren Zwängen unterordnen, was ich unbedingt vermeiden möchte. Also Motivation genug, um erfolgreich zu sein.

Christine, 28

1. Wie ist deine Arbeits- und Lebenssituation?

Ich lebe in einer 2er WG in München/Brüssel, mache mein zweites Studium und finanziere mich über meine Eltern und Nebenjobs in den Ferien.

2. Wie organisierst du dich für deine Interessen?

Ich versuche meine Interessen mit dem Studium (Dokumentarfilm) zu verbinden. Recherche für Filmthemen wird im Idealfall zur Mitarbeit in politischen Gruppen oder zur ›Sozialarbeit/Unterstützung von Menschen in alltäglichen Problemen. (Jobsuche, Wohnungssuche etc.)

Hagen, 32

1. Wie ist deine Arbeits- und Lebenssituation?

Ich habe mein Studium in Soziologie abgebrochen, würde es gerne wieder anfangen, was aber wegen der Umstellung auf BA/MA schwierig ist. Ich habe diverse Jobs (Kneipe, Pflege, Computer, Unterricht etc.) gemacht, eine Ausbildung in Krankenpflege. Derzeit führe ich ein gutes Leben mit 20h/Woche bei einer Sozialstation, aber diese ist vermutlich bald pleite. Die Löhne im Bereich Krankenpflege sind in den letzten Jahren allgemein gesunken und die Arbeitsbedingungen haben sich verschlechtert.

2. Wie organisierst du dich für deine Interessen?

Politisch gesehen engagiere ich mich in verschiedenen Gruppen und in einem Hausprojekt. Beruflich war ich bis vor kurzem Verdi-Mitglied, habe mich aber von denen in Unfrieden geschieden. Derzeit bin ich bei einem gemeinnützigen Verein beschäftigt, der jedoch gerade betriebsbedingt einigen Leuten gekündigt hat – bislang ist noch kein Betriebsrat vorhanden; ich selbst bin noch in der Probezeit und deswegen eher zurückhaltend.

Peter, 32

1. Wie ist deine Arbeits- und Lebenssituation?

Ich lebe, arbeite und organisiere mich kollektiv. Keine Trennung von Arbeit, Leben und politischer Organisation, keine Lohnarbeit, keine Warenproduktion. Gemeinsame Ökonomie sichert meinen prekären Lebensunterhalt. Da fließen verschiedenste Einkünfte aus gemeinsamer Organisation mit rein. Kollektive Organisation ist anstrengend aber gewollt und ›frei gewählt‹, sofern man unter gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen von freier Wahl sprechen kann.

2. Wie organisierst du dich für deine Interessen?

Siehe oben. Über politische, soziale Veranstaltung und freie Organisation zu Themen etc., die mich interessieren.

Alfons, 31

1. Wie ist deine Arbeits- und Lebenssituation?

Ich arbeite im universitären Bereich und strebe meine Habilitation an. Ich bin befristet angestellt (65%-Stelle). Diese Anstellung zählt gottseidank nicht zur Anstellungszeit in deutschen Unis. Das Arbeitsklima ist relativ ruhig und bis jetzt keine „Knechtschaft für die Professorin“. Ausserdem führe ich eine Fernbeziehung (700 km) und wohne alleine. Meine Hobbies sind Lesen, Fernsehgucken, Rumdaddeln und Uffreechen.

2. Wie organisierst du dich für deine Interessen?

Ich organisiere mich nicht, weil ich hier in Bern (Schweiz) noch nicht so richtig weiss, was geht. Eine Organisation ist auch bisher nicht dringlich (siehe Arbeitsverhältnis oben). Ansonsten halte ich schon engen Kontakt zu Kollegen und tausche mich mit denen über Arbeitsverhältnisse aus. Generell habe ich auch keine sehr grosse Lust auf größere (politische, Anm. Red.) Bewegungszusammenhänge und administrative Strategeme, die bei einer Organisation wahrscheinlich auf mich zukommen würden. Wahrscheinlich würde ich das anders sehen, wenn der spezifische Leidensdruck höher wäre.



Unsicher im Dauerzustand

Prekariat und Migration



Juliane Karakayali

»...die zunehmende Unsicherheit der Arbeit und die Anforderung der Mobilität und Flexibilität betrifft mehr oder weniger alle. Das tägliche Balancieren der SUPERPRECARIA findet aber nicht nur außerhalb der geregelten Arbeitswelt statt, sondern auch als Drahtseilakt, hier ohne Papiere zu leben. [...] SUPERPRECARIA lacht über die Entdeckung prekärer Arbeits- und Lebensbedingungen als etwas Neues: Als gäbe es diese erst jetzt mit dem Abbau des Sozialstaates und der Deregulierung vormals formalisierter Arbeitsverhältnisse.«

Mit dem hier zitierten »Manifest der Superprecaria« richtet die Respect-Initiative Berlin den Fokus der gegenwärtigen Debatte um Prekarisierung auf die spezifischen Lebensbedingungen von Menschen, die ohne Papiere in Deutschland leben. Aber auch jenseits des Lebens in der Illegalität lässt sich auf verschiedenen Ebenen ein Verhältnis von Migration und Prekarisierung bestimmen:

1. Zunächst wird eine große Zahl Menschen überhaupt erst zu MigrantInnen, weil sie den prekären Lebens- und Arbeitsbedingungen in ihren Herkunftsländern entkommen wollen. Dazu zählen Armut, Perspektivlosigkeit, der Wunsch nach Autonomie, die Flucht vor geschlechtsspezifischer oder sexueller Unterdrückung etc.

2. Für MigrantInnen gelten unzählige, das Leben prekarisierende Gesetze und Regelungen, von denen Deutsche nicht betroffen sind. Die Schwierigkeiten beginnen bei der legalen bzw. illegalen Einreise. Ist die legale Einreise geglückt, sorgen Aufenthaltsrechtliche Beschränkungen und der immer drohende Verlust der Aufenthaltserlaubnis für prekäres Leben. Selbst der deutsche Pass schützt davor nicht, wie tausende Deutsch-Türken im Sommer 2005 feststellen mussten, als ihnen wegen des illegalen Besitzes zweier Staatsangehörigkeiten die deutsche wieder abgenommen wurde. Eine Duldung erhält man manchmal nur für zwei Wochen, AsylbewerberInnen dürfen ihren Landkreis nicht verlassen und erhalten keine Arbeitserlaubnis. In Deutschland geboren, aufgewachsen und straffällig geworden, kann man auch als Minderjährige/r abgeschoben werden, ohne angemessene Quadratmeterzahl Wohnraum, kein Nachzug des Ehemannes und überhaupt landen Ayse, Oleg, Fatima und José überproportional oft qua Herkunft auf der Sonderschule. Vieles, was gegenwärtig im Prozess der »Prekarisierung« das Leben verunsichert, hat MigrantInnen in Almanya schon immer das Leben schwer gemacht: Trotz Hochschulabschluss keinen angemessenen Job zu finden, z.B. weil die im Ausland erworbenen Abschlüsse häufig nicht anerkannt werden. Oder weil der Rassismus im Kopf des potentiellen Arbeitgebers davor ist. Das so genannte »Normalarbeitsverhältnis«, dessen Verschwinden derzeit viel beweint wird, war für einen großen Teil der MigrantInnen nie normal. Als GastarbeiterInnen machten sie die schmutzigen, gefährlichen und schlecht bezahlten Jobs und ermöglichten damit den deutschen KollegInnen den Aufstieg ins Angestelltenverhältnis, später wurden sie als erste arbeitslos. Migrantinnen haben auch schon in

Zeiten boomender Fabriken schwarz in der Gastronomie gearbeitet. Heute gibt es ganze Arbeitsbereiche, die ohne die »illegalen« MigrantInnen kaum existent wären. Frauen aus Osteuropa putzen und pflegen alte Leute in Privathaushalten, die Pizza wird von italienischen Flair verbreitenden »illegalen« aus Nordafrika gebacken, Sexarbeit gehen Frauen ohne Papiere aus aller Welt nach – alles Arbeitsverhältnisse, in denen Lohnfortzahlung im Krankheitsfall noch nie sehr verbreitet war.

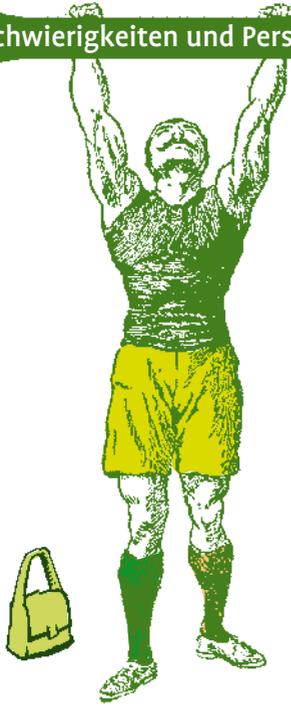
3. Nun ist das Leben in der Migration keine Seidenstickerei, MigrantInnen aber auch nicht bloß Opfer der Verhältnisse. Sie haben immer auch gegen die Prekarisierung ihres Lebens gekämpft. Und zwar von »offensiv« bis »durchmogeln«, von Streiks gegen schlechte Arbeitsbedingungen und die miese Behandlung im Asylbewerberheim bis zur heimlichen Überwindung der deutschen Grenze auch ohne Visum und Arbeitserlaubnis. Auch unter prekärsten Bedingungen schaffen und schaffen es Menschen, sich zu organisieren: als FabrikarbeiterInnen, SexarbeiterInnen ohne Papiere, AsylbewerberInnen oder um ihren Lohn geprellte SaisonarbeiterInnen. Sie kämpften und kämpfen für eine gewerkschaftliche Organisation, das know-how über den Alltag in der Illegalität weiterzugeben oder die Kriminalisierung der eigenen Existenz anzuprangern. Das geht auch oft genug schief, eine Abschiebung kann nicht verhindert, der Lohn nicht eingeklagt werden. Aber statt sich zu solidarisieren wird konkurriert um die knappen Ressourcen und der Landsmann haut dich in deiner Muttersprache über's Ohr. MigrantInnen sind weder HeldInnen noch Opfer. Aber die Kämpfe der Migration zeigen, wie Menschen unter prekärsten Bedingungen und weitgehend ohne Sicherheiten Wege finden, ihr Leben zu organisieren und sich Rechte zu nehmen, die ihnen verweigert werden.

4. Schließlich muss in der Debatte um und in den Kämpfen gegen Prekarisierung immer auch der Standpunkt der Migration vertreten werden. Deutsche und Nicht-Deutsche erleben unterschiedliche Formen der Prekarisierung, die es jeweils aufzuzeigen und spezifisch zu berücksichtigen gilt. Kämpfe und Forderungen, die das außer Acht lassen, laufen Gefahr, rassistische Ausschlüsse zu (re)produzieren – möglicherweise auch ungewollt. Eine Forderung nach Existenzgeld beispielsweise muss auch für Papierlose und Geduldete gelten, in den Kampf um arbeitsrechtliche Standards in Pflegeberufen müssen die migrantischen Pflegekräfte mit und ohne Papiere einbezogen werden, die Neuverteilung von Haushaltsarbeit muss gesamtgesellschaftlich diskutiert und nicht einfach von deutschen Frauen an Migrantinnen delegiert werden.

Bei der Bezugnahme auf Migration darf die Debatte um Prekarisierung aber nicht stehen bleiben, denn Menschen sind nicht nur MigrantInnen oder Deutsche, sie sind auch Frauen und Männer, gehören unterschiedlichen Klassen an, sind lesbisch, schwul oder transsexuell. Und das zieht jeweils ganz eigene Prekarisierungen nach sich.

Juliane Karakayali, beschäftigt sich im Rahmen ihrer wissenschaftlichen Arbeit und in ihrem Alltag mit feministischen und migrantischen Perspektiven auf Prekarisierung. Derzeit probt sie die Vereinbarkeit von zwei Kindern, Doktorarbeit und politischen Projekten ohne festes Einkommen.

SELBSTORGANISATION VON ERWERBSLOSEN



Das gesellschaftliche Problem ist seit einiger Zeit wieder mal die sogenannte Unterschicht, das »abgehängte Prekariat«. **Die Medien machen als dieses Prekariat hauptsächlich Arbeitslose und ArbeiterInnen aus, die gering qualifiziert, politikverdrossen und oftmals »Protestwähler« sind.** Schon 1997 hatte der damalige FDP-Bundesvorsitzende Wolfgang Gerhardt vor einer »unteren Schicht von Leistungsempfängern mit allen Anfälligkeiten für Extreme« gewarnt. Bei einem Blick zurück in die Geschichte lassen sich Parallelen erkennen: Mitte des 19. Jahrhunderts wurden diese unteren sozialen Schichten »gefährliche Klassen« genannt, die mit ihrem Leben – gewollt oder ungewollt - jenseits der Gutbürgerlichkeit die gesellschaftliche Ordnung zu stören drohten. In den USA heute werden sie laut dem Soziologen Zygmunt Bauman in dem Buch »Unbehagen in der Postmoderne« auch als »kriminelle Klassen« bezeichnet, nach dem Motto »Armut ist ein (selbstverschuldetes) Verbrechen«. Die Debatte in der deutschen Öffentlichkeit diffamierte Arbeitslose und Hartz IV-EmpfängerInnen als Sozialschmarotzer oder Faulenzer. Im Clement-Papier »Vorrang für die Anständigen« (siehe Kasten) wurden Arbeitslose gar »Parasiten« genannt.

Nun ja, die Prekarisierung. Seit den 1990er Jahren erfassten die Veränderungen in der Arbeitswelt auch die Linke. Mit dem Begriff der Prekarisierung wurden die neuen Verhältnisse analysiert. Besonders die »postmodernen Youngsters«, wie der Politikwissenschaftler Robert Kurz sie betitelte, sind von prekären Arbeitsverhältnissen betroffen. **Diese Kinder der Mittelschicht**, die zu großen Teilen im Medien- und Kulturbereich arbeiten, **sind aber nicht das Problem der Herrschenden**, denn ihre Lust am kulturindustriellen Mitmachen korrespondiert meistens mit ihrer Unlust an radikaler Gesellschaftskritik.



Anne Seeck



Was können Erwerbslose gegen diese Stigmatisierung tun?

Die heutigen Bedingungen für Protest und Organisation sind andere als 1968. Den jungen Menschen standen damals noch viele Türen zum Aufstieg offen. Bei den Sozialprotesten, insbesondere 2003/2004, waren viele Ältere dabei, die keine Chancen mehr auf eine gesellschaftliche Integration über Arbeit zu erwarten haben – sie scheinen die Überflüssigen der Gesellschaft zu sein. Ebenso wurden die Kulturkritik der 68er und ihre Forderungen nach Emanzipation, Autonomie und Authentizität vom »neuen Geist des Kapitalismus« (siehe Literaturangabe am Ende) aufgesogen. Um dies zu verdeutlichen: Niemals wurde so viel über Selbstorganisation gesprochen, wie seit Beginn der 1990er Jahre, den Zeiten zunehmenden Sozialabbaus. Der herrschende Diskurs hat sich inzwischen diesen Begriff angeeignet, ein Begriff, der vor allem von der linken Alternativökonomie geprägt wurde: Selbstorganisation ist in die neuen Managementkonzepte eingeflossen und wurde somit für den Verwertungsprozess funktionalisiert. Eine Entsprechung fand diese Ideologie in der Ich-AG.



Trotz des Begriffsklaus besteht für Erwerbslose aufgrund der Herrschaftsverhältnisse tatsächlich die **Aussicht auf Verbesserung ihrer Lebenssituation nur, wenn sie sich »selbst organisieren«**. Dabei organisieren sich Erwerbslose erst, wenn der Leidensdruck groß ist, sie aber gleichzeitig noch ausreichend über soziale Kontakte und Wissensressourcen verfügen, um sich auch in kollektive Zusammenhänge begeben zu können. Daher sind in der Erwerbslosenszene auch auffällig viele AkademikerInnen aktiv, meistens schon älteren Semesters und mit geringen Chancen auf dem Arbeitsmarkt.

DAS MACHT ARBEIT



>Clement-Papier<

Ex-Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) hat in seiner Amtszeit die Broschüre »Vorrang für die Anständigen – gegen Missbrauch, »Abzocke« und Selbstbedienung im Sozialstaat« veröffentlicht. Darin werden Hartz IV-EmpfängerInnen mit Parasiten verglichen: »Biologen verwenden für »Organismen, die zeitweise oder dauerhaft zur Befriedigung ihrer Nahrungsbedingungen auf Kosten anderer Lebewesen – ihren Wirten – leben«, übereinstimmend die Bezeichnung »Parasiten«.



Die bundesweiten und lokalen Zusammenschlüsse von Erwerbslosen sind eher schwach. Das Scheitern von Erwerbslosengruppen hat interne und externe Ursachen.

Erwerbslose sind wie die Gesellschaft an sich eine heterogene Gruppe, ein Grund für viele Streitereien. Manchen ist es nur wichtig, wieder Arbeit zu finden, andere wollen das Recht auf Faulheit. Während einige hauptsächlich soziale Kontakte suchen, wollen andere politisch arbeiten. Die Belastungen und Probleme von Erwerbslosen, beispielsweise auf psychosozialer Ebene oder durch den Ämterstress, können dazu führen, dass sich die Mitglieder in den Gruppen gegenseitig herunterziehen. Da Erwerbslose aufgrund ihrer finanziellen Situation von der Teilhabe am öffentlichen Leben weitgehend ausgeschlossen und zudem oftmals isoliert leben, fehlt ihnen der soziale und kulturelle Ausgleich.



»Waschen und rasieren, dann kriegen Sie auch einen Job«
(Kurt Beck, Vorsitzender der SPD)

Extern besteht häufig das Problem, dass Erwerbslosengruppen kaum finanzielle Unterstützung erhalten. Es ist politisch nicht erwünscht, dass sich Erwerbslose kollektiv organisieren. Sie sollen gefälligst individuell und permanent auf Arbeitssuche sein. Und sie sollen Erwerbslosigkeit nicht als strukturelles Problem begreifen, deren Ursachen und Folgen politisch zu bekämpfen sind, sondern als individuelle Schwäche, die Schuld bei sich selbst suchen. Und das tun auch die meisten: Sie schämen sich, rennen jeder Arbeit nach oder werden fatalistisch. Man kann ja sowieso nichts machen.



Es gibt zwar viele individuelle Widerstandformen unter Erwerbslosen, zum Beispiel Tricks, wie man einen Ein-Euro-Job umgeht oder das Fahren ohne Fahrschein. **Das Problem ist der kollektive Widerstand.** Dabei gibt es nur einen Weg: keine StellvertreterInnenpolitik, sondern Politik der ersten Person, das heißt Selbstorganisation. Bei den Sozialprotesten der letzten Jahre gab es solche Ansätze. Aber nur Flugblätter zu schreiben und Demos und Veranstaltungen zu organisieren, reicht nicht. Erwerbslose brauchen Anlaufstellen, wo sie sich austauschen und gegenseitig unterstützen können. In Neukölln organisieren wir jeden Mittwoch einen Erwerbslosentreff. Wir brauchen viele solcher Stadtteilgruppen und Unterstützungsnetzwerke. Aus dieser Basisarbeit von unten und einer Vernetzung kann Widerstand erwachsen.



Dabei geht es nicht nur um den Kampf gegen Hartz IV. Der Alltag der Hartz IV-Betroffenen wird auch durch Privatisierungen, durch eine unsoziale Verkehrs-, Gesundheits-, Bildungspolitik und vielem mehr fremdbestimmt. In der Arbeitswelt und auf den Ämtern herrscht ein Klima der Angst und der Verunsicherung. Es gibt eine große Unzufriedenheit in der Bevölkerung. Da muss man anknüpfen. **Dafür brauchen wir eine starke Gegenöffentlichkeit und Diskussion über Alternativen, z.B. eine breite gesellschaftliche Debatte über die Zukunft und Neubewertung der Arbeit sowie über die Entkopplung von Arbeit und Einkommen.** Das bedingungslose Grundeinkommen allein reicht nicht. Wir müssen über den Tellerrand von Staatsfixierung und Kapitalismus hinausschauen. In Zeiten der Verunsicherung brauchen die Menschen Sicherheiten, und anstatt der »Eigenverantwortung« im Sinne von Jede/r ist des eigenen Glückes Schmied brauchen wir wirkliche Autonomie. Dafür lohnt sich der Kampf.

Dem neoliberalen Motto: »Macht was ihr wollt, aber seid profitabel!« und dem Motto der Montagsdemos »Wir sind das Volk« setze ich Ton Steine Scherben entgegen: **»Macht kaputt, was euch kaputt macht!« Rock'n'Roll.**



Mittwochs 12-16 Uhr
Erwerbslosentreff
in der Lunte, Weisestr.53,
U-Bhf. Boddinstr., Neukölln

Literaturtipp:
Luc Boltanski, Eve Chiapello,
Der neue Geist des Kapitalismus,
UVK Verlagsgesellschaft mbH,
Konstanz 2006

ALG I+II

Dem Arbeitslosengeld I liegt eine Bemessungsgrundlage zugrunde, die sich prozentual vom Lohn der letzten 12 Monate vor dem Eintritt in die Arbeitslosigkeit berechnet. Wie lange das ALG I gezahlt wird, hängt von der Dauer des Erwerbsverhältnisses und dem Lebensalter ab. Maximal kann es 12 Monate und ab dem 55. Lebensjahr max. 18 Monate bezogen werden.

Mit dem Inkrafttreten des Hartz IV Gesetzes am 01. Januar 2005 wurde die Sozialhilfe mit der Arbeitslosenhilfe zusammengelegt und heißt jetzt ALG II. Es kann ergänzend zum Erwerbseinkommen oder zum ALG I bzw. spätestens nach dessen Bezugsende beantragt werden. Beziehen kann diese Leistung jeder erwerbsfähige Mensch, der den notwendigen Lebensunterhalt nicht alleine bestreiten kann. Um das ALG II in Anspruch nehmen zu können, bedarf es einer Bedürftigkeitsprüfung, die sich nach dem jeweiligen Fürsorgebedarf und dem Einkommen und Vermögen aller Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft richtet. Der Regelsatz für eine allein stehende Person beträgt seit dem 01. Juli 2006 345 € pro Monat. Aufwendungen für Unterkunft und Heizung werden gesondert erstattet.



>Call Center Offensive

Was soll man sich darunter vorstellen? Das vielleicht:



»Einen schönen guten Tag, mein Name ist Sandra Soundso, ich würde gerne mit Ihnen darüber sprechen, wie wir es zusammen den Chefs mal richtig zeigen können. Klassenkampf aktuell. Haben Sie einen Moment Zeit für mich?«

Vielleicht nicht ganz so. Die Call Center Offensive (cco) war ein Versuch, Beschäftigte in einem Bereich prekärer Arbeit zu organisieren, in dem die Gewerkschaften schon lange keine Rolle mehr spielen: im Call Center. 2000/2001 war die New Economy mächtig auf dem Vormarsch. Überall schlugen einem die Jubelmeldungen über die neuesten Start-Ups, die erfolgreichsten JungunternehmerInnen, die besten Börsentricks und die Segnungen von Flexibilität und Shareholder Value entgegen. Kurz gesagt: Es war zum Kotzen. Da haben sich einige gedacht: Wir arbeiten auch in der New Economy (oder kennen Leute dort), aber am unteren Ende der ganzen Geschichte: im Call Center, dort wo die Arbeit wirklich schisse ist – und die Bezahlung auch. Da muss sich etwas tun.

Die Call Center Offensive organisierte offene Treffen, wo die Beschäftigten (»Agents« genannt) über ihre Probleme auf der Arbeit reden und Möglichkeiten der Gegenwehr diskutieren konnten. Klingt vielleicht komisch, hat aber eine ganze Zeit lang funktioniert. Immer wieder kamen – meist nebenberufliche – Agents und klagten der cco ihr Leid. Daraus ergaben sich mehrere Arbeitskämpfe: bei Audioservice, in der Hotline und bei ADM, die sich meist gegen aktuelle Verschlechterungen richteten oder gegen Entlassungen. Die Konflikte verliefen zwar nicht immer erfolgreich, aber immerhin konnten manchmal ansehnliche Abfindungen herausgeschlagen und Teilerfolge erzielt werden – z.B. die Durchsetzung eines Betriebsrats in der Hotline (der allerdings von einer geschäftsführungs-freundlichen VertreterInnenliste dominiert war). Das Schöne an der Sache: Das Image der Branche hat nachhaltig Schaden genommen, und man hat gesehen: Schon mit einer Handvoll Leute lässt sich ordentlich Wirbel machen. Es ist möglich, sich zu organisieren.

Inzwischen ist die Call Center Offensive eingeschlafen. Die Webseite gibt es aber noch. Und Anfragen werden immer noch nach bestem Wissen und Gewissen beantwortet:

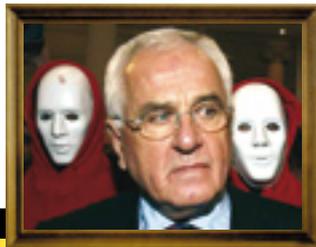
www.callcenteroffensive.de

»Wer hat von meinem Tellerchen gegessen?« – Die Überflüssigen!

Die Überflüssigen werden von Kapitalismus nicht mehr gebraucht. Ihre Arbeitskraft ist nicht viel wert. Und deshalb hängen sie angeblich als Langzeitarbeitslose den ganzen Tag vorm Fernseher ab und glotzen DSDS und »Big Brother«. Sie liegen dem Staat auf der Tasche und sind noch nicht mal als Konsumenten zu gebrauchen. Denn außer Chips kaufen sie nichts. Mindestens zehn Millionen dieser Faulpelze gibt es in Deutschland, wie man so hört. Aber nicht alle Überflüssigen lassen sich gerne als Loser abstempeln. Einige haben sich rote Kapuzenpullis übergeschmissen und weiße Theatermasken vors Gesicht gezogen und rücken seitdem allen auf die Pelle, die ihnen das Leben schwer machen. Gar nicht faul haben sie schon die Berliner AWO-Zentrale besetzt, als diese 1 Euro Jobs eingeführt hat. Sie sind zu den Reichen ins Luxusrestaurant Borchardt gegangen und haben sich's schmecken lassen. Auch beim Korruptions-Prozess gegen Peter Hartz haben sie nicht still gehalten, sondern dem Verbrecher gesagt, was sie von seinem Freispruch halten. Niemand weiß, wo die Überflüssigen als nächstes auftauchen. Aber man hat sie schon in vielen Städten und Örtchen gesehen: auf dem Arbeitsamt, im Jobcenter und immer wieder auch dort, wo man sie nicht erwartet hat.

Und wer weiß, vielleicht stimmt es ja, was die Überflüssigen sagen: Nicht die Arbeitslosen sind überflüssig, sondern die Gesellschaft, die Armut und Ungleichheit produziert. Kurz und gut: Kapitalismus ist überflüssig!

www.ueberfluessig.tk



Our Hartz belong to you



Wilder Streik

Ein Wilder Streik ist ein Streik, welcher von der zuständigen Gewerkschaft weder im vornherein noch nachträglich gebilligt wurde. In der BRD ist diese Form des Streiks rechtswidrig, da ein Streik generell den Abschluss von Tarifverträgen als Ziel verfolgen muss. Aus diesem Grund sind auch Sympathie- oder Solidaritätsstreiks unzulässig.

Scheinselbständige/ Scheinselbständigkeit

Als Scheinselbständige werden Erwerbstätige bezeichnet, die vertraglich als Selbstständige behandelt werden, jedoch tatsächlich wie abhängig Beschäftigte bei einem Auftraggeber arbeiten. Da Selbstständige keinen Anspruch auf Kündigungsschutz, Sozialversicherung, Lohnfortzahlung bei Krankheit, Urlaub oder Bezahlung nach Tarif haben, sind sie in der Regel für den Auftraggeber billiger.

Atypische Beschäftigungsverhältnisse

Als atypische Arbeitsverhältnisse werden u.a. Teilzeit- und Leiharbeit, Freie Dienstverträge, geringfügige und befristete Beschäftigung und Scheinselbstständigkeit bezeichnet. (Quelle: Keller, Bernd/Seifert, Hartmut: Atypische Beschäftigungsverhältnisse. Flexibilität, soziale Sicherheit und Prekarität)

>Die Superhelden

»BILD lügt!« Hieß es mal. Stimmt ja auch. Aber eben nicht immer. Letztes Jahr am 29. April staunten die Hamburger BILD-Leser nicht schlecht: »Einfach mal in den teuersten Laden im Viertel gehen und sich nach Herzenslust bedienen! Davon träumt jeder, aber eine kleine Gruppe von Menschen tut's auch tatsächlich.« Tags zuvor hatte sich eine als Superhelden verkleidete Truppe im Hamburger Delikatessengeschäft »FrischeParadies« nach Herzenslust bedient und war ohne zu bezahlen getürmt. Leckereien im Wert von 1500 Euro wechselten bei dieser gelungenen Umverteilung den/die BesitzerIn. Noch am selben Tag gaben die Helden ihre Beute an Prekarierte weiter: 1-Euro-Jobber, Beschäftigte einer KiTa, Reinigungskräfte und PraktikantInnen durften sich über Spezialitäten der Extraklasse freuen. Das fand nicht nur die Hamburger Presse berichtenswert. Auch der englische Guardian, der italienische Corriere della Sera oder die Washington Post informierten ihre Leser über die Robin-Hood-Geschichte und die Sozialproteste in Deutschland. Dem Stern gelang sogar ein Interview. Die Helden protestierten mit ihrer Aktion gegen die fortschreitende Prekarisierung der Arbeits- und Lebensverhältnisse – auch in Hamburg: »Ob als vollvernetzte Dauerpraktikantin, Callcenterangel, aufenthaltslose Putzfrau oder ausbildungsplatzloser Ein-Euro-Jobber: Ohne die Fähigkeit von Superhelden ist ein Überleben in der Stadt der Millionäre nicht möglich. Obwohl wir den Reichtum dieser Stadt produzieren, haben wir kaum etwas davon. Das muss nicht so bleiben. [...] Die Orte des Reichtums sind so zahlreich wie die Möglichkeiten, sich diesen Reichtum zu nehmen.« Wo Superhelden recht haben, haben sie recht!

<http://de.indymedia.org/2006/04/145010.shtml>

<http://www.nadir.org/nadir/kampagnen/euromayday-hh/de/2006/04/452.shtml>

Extra gespart!



GRUNDEINKOMMEN



Keine Leistung ohne Gegenleistung – nach diesem kleinlich-autoritären Grundsatz werden Arbeitslose zu bedingungsloser Dienstbereitschaft abgerichtet. Wer zum Überleben auf Geld vom Staat angewiesen ist, soll sich gefälligst ebenfalls erkenntlich zeigen. Das Resultat dieses Postulats: Hartz IV.

Die Arbeitsmarktreform von 2005 hat die Aushöhlung des Sozialstaats auf eine ganz neue Spitze getrieben. Jede Arbeit ist jedem zu jeder Zeit zumutbar. Zukunftspläne, Qualifizierung und persönliche Bedürfnisse spielen keine Rolle mehr. Stattdessen müssen die Betroffenen sich wie die Bekloppten bewerben, ihre Antennen immer auf Empfang schalten, jederzeit verfügbar sein. Hartz IV ist auch ein Erziehungsprogramm und lehrt, um Arbeit zu betteln, egal welche. Alles, nur nicht Hartz IV.



Doch richtet sich Hartz IV nicht nur gegen Arbeitslose. Auch Beschäftigten wird mit der Arbeitsmarktreform der Kampf angesagt. Mit dem allzeit bereitem Heer von Hartz-IV-EmpfängerInnen im Rücken wird jedes Lohn-dumping durchgedrückt. Belegschaft und Arbeitslose werden in einem Unterbietungswettbewerb ausgespielt. Arbeit wird zu einem knappen Gut geadelt. Eigentlich könnte der Produktivitätsfortschritt die Menschen von Mühe und harter Arbeit entlasten. So lange Arbeit jedoch die Eintrittskarte zum Überleben bleibt, geschieht widersinniger Weise genau das Gegenteil: gerade weil wir als Arbeitskräfte immer überflüssiger werden, müssen wir uns immer mehr um immer überflüssigere Arbeit bemühen. Die ›Logik‹: Wir verschärfen den Arbeitszwang, damit es mehr Arbeit gibt. Eine gefährliche Sackgasse.

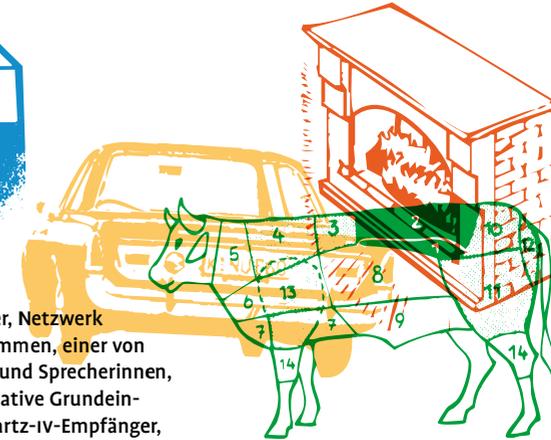
Dabei gibt es einen Ausweg: die Entkopplung von Arbeit und Einkommen durch ein bedingungsloses und existenzsicherndes Grundeinkommen für alle.

- Der Erhalt dieses Grundeinkommens ist nicht an Bedingungen geknüpft, ist also unabhängig von einer Gegenleistung wie Arbeit oder Arbeitsbereitschaft.
- Die Höhe des Grundeinkommens ist existenzsichernd, ermöglicht gesellschaftliche Teilnahme; es gibt keinen faktischen Arbeitszwang wie bei den Kombilohnmodellen.
- Die Menschen haben ein individuelles Anrecht auf das Grundeinkommen und sind auf diese Weise von persönlichen, z.B. familiären Abhängigkeiten befreit.
- Dieses Grundeinkommen gibt es für alle, es gibt keine Bedürftigkeitsprüfung wie bei Hartz IV, die immer tiefer in die Privatsphäre der Leute eingreift.



Wer verhindert diese freundliche Alternative? Zum einen diejenigen, die für die Finanzierung des Grundeinkommens netto draufzahlen müssten, sowie diejenigen, die die Arbeitskraft anderer als möglichst billige und widerspruchslose Ressource einkaufen wollen.

Dazu kommt, dass auch viele der Betroffenen und der Bedrohten die Verschärfung der Zwänge unterstützen. Es gibt nicht nur Repression von oben, sondern eine Mitverantwortung der Lohnabhängigen. Wer sich für die Arbeit opfert, will den ›gerechten‹ Lohn. Zugleich ist nicht zu übersehen, dass andere durchs Leben kommen, ohne sich für Arbeit aufzuopfern – und dabei oft viel glücklicher sind. Das verletzt das Gerechtigkeitsempfinden nach dem Motto: Wenn ich schon persönlich Opfer bringe, sollen dies gefälligst alle tun. Unverdient Geld bekommen, einfach so – niemals!



Robert Ulmer, Netzwerk Grundeinkommen, einer von 6 Sprechern und Sprecherinnen, Berliner Initiative Grundeinkommen. Hartz-IV-Empfänger, bedroht vom Damoklesschwert behördlich verordneter Wiederereingliederungsaktivitäten.

bedingungsloses Grundeinkommen



Die Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen versteht sich als radikale Alternative zu sozialstaatlichen Leistungen aller Art. Gegenwärtig ist jede staatliche Hilfe an die Bereitschaft gekoppelt, die Arbeitskraft dem Markt zur Verfügung zu stellen. Der Sozialstaat ist somit selbst darauf ausgerichtet, Nicht-Lohnarbeit in Lohnarbeit zu transformieren. Damit ist die Sicherung der Existenz immer an Lohnarbeit gekoppelt – ob mit oder ohne Job. Diese soll durch ein bedingungsloses Grundeinkommen in Frage gestellt werden. Die Forderung richtet sich einerseits gegen die Vorstellung, dass Armut durch Vollbeschäftigung beseitigt werden kann und zum anderen gegen die repressiven Maßnahmen des Sozialstaats bei der Prüfung der Bedürftigkeit. Das bedingungslose Grundeinkommen soll also an alle, unabhängig von Nationalität oder Geschlecht und ohne die Prüfung der Arbeitsbereitschaft ausbezahlt werden. In Deutschland wurde die Forderung vor allem ab den 1980er Jahren von der Sozialhilfeempfängerinnen- und Arbeitslosenbewegung etabliert.

Im Krieg gegen

den Rütliterror.



Yann Eric Döhner

Wahrlich, es wurde mehr als zuviel geschrieben über die Rütlschule, die Drohküsse angeblich eskalierender Gewalt ›Jugendlicher nichtdeutscher Herkunft‹ wirkungsvoll im Berliner ›Problembezirk‹ Neukölln verankert. Die Propagandamaschinerie hatte Stellung bezogen, da gab sich auch der Bezirksbürgermeister an dem Ort der vermeintlich größten Niederlage dieser Gesellschaft kämpferisch – nicht obwohl, sondern weil ›Multi-kulti‹ gescheitert, die Schlacht schon lange geschlagen und verloren ist. So hat er die Leitartikel und Kommentare geprägt – eine späte Genugtuung für ProvinzpopulistInnen. Sie haben es schließlich schon immer gewünscht. **AUCH WENN DIE KIDS AUGENSCHENLICH NUR PAPIERKÖRBE AUS DEM KLASSENZIMMER WERFEN, DER NAHENDE UNTERGANG IST DEUTLICH SPÜRBAR.** Die Schuldigen oder besser die TäterInnen sind schnell ausgemacht, männliche ›meist arabische‹ (meint muslimische) Jugendliche - die ›Integrationsverweigerer‹ also. Die Beweisführung zieht ›Deutschlands klügster Kopf‹ an sich: es sei die ›hohe Gewaltbereitschaft in diesen Volksgruppen‹ lautet die verwegene, völkische Argumentation des Professor Bahring und Bild titelt ›Das läuft mit den Ausländern falsch!‹. Ein medialer, ein triumphaler Sieg im Kampf um die öffentliche Meinung. Schlagzeile um Aufmacher bringen es zutage: auch wir befinden uns jetzt im Krieg, wir alle, im Krieg gegen den Rütliterror!

Anstatt also den Finger oder besser Hände in die offen liegenden, klaffenden Wunden zu legen und die skandalösen Zustände in der Gesellschaft und deren Spiegelbild Schule zu thematisieren, werden Gewaltvorkommnisse überbetont, Zusammenhänge zusammenhangslos vereinfacht und, wenn überhaupt, nur verkürzte Kritik geübt. In medienvermittelten Meinungsbildungsprozessen wird schnell versenkt, was nicht zur Schlagzeile taugt. Sündenbockkampagnen hingegen entsprechen der Ausgrenzungslogik und eignen sich besser zur Auflagensteigerung. **DA IST ES KEIN WUNDER, DASS SCHNELL DIEJENIGEN AUSGEGUCKT WERDEN, DIE SCHLECHT ODER GAR NICHT ORGANISIERT SIND, DIE WEDER IHRE INTERESSEN NOCH IHRE PROBLEMWAHRNEHMUNG ÖFFENTLICH VERTRETEN (KÖNNEN), EBEN DIE LEIDTRAGENDEN DIESER ZUSTÄNDE.** Und wenn sie sich selbst äußern (dürfen), werden meist nur die Teile gesendet oder geschrieben, in denen sie die Vorurteile gegen sich selbst bestätigen, zuvorderst die gebrochene Sprache. Es ist ein simpler Umgang mit den allesamt zu ›Intensivstrafätern‹ gestempelten, die zuletzt noch von den integriert-gipfeltauglich-verbandeten MigrantenvertreterInnen in die Pfanne gehauen werden.



Kudely

TERROR

Der rassistische Diskurs ist dabei nur eine Spaltungslinie – wenn auch sicherlich die einschneidendste. **DIE SOZIALRÄUMLICHE ›PROBLEMKIEZ‹-STIGMATISIERUNG**, quasi die Gettoisierung von oben aber ist beispielsweise kein ethnisch-religiöser Ausgrenzungsmechanismus. Denn diese wirken nicht nur auf SchülerInnen mit migrantischen Hintergrund, sondern auf alle SchülerInnen gleich. Das soll nicht verharmlosen oder verallgemeinern. Die konkrete Situation von Rütli SchülerInnen ist unvergleichlich: oftmals kein Migrations-, sondern Fluchthintergrund, sei es aus Bürgerkriegsgebieten oder verstetigten Flüchtlingscamps, ungleich zerrütteten Familienzusammenhänge, kaum zu überwindende Traumata – in der Summe eine unvorstellbar hohe Dichte dramatischster Einzelschicksale. Anhaltende Arbeitsverbote und Freiheitsbeschränkungen müssen wohl nicht weiter erwähnt werden.

SO WERDEN LOKAL VERORTETE ›PARALLELGESELLSCHAFTEN‹ KREIERT. Eine soziale Konstruktion, deren Herleitung aber auf allzu banalen Fehldeutungen der Realität gebaut ist: Es wird die persönliche Entscheidungs-freiheit vorgegaukelt und die Ausgrenzung wird als Abkapselung umgedeutet. Die Auswirkungen sind nachvollziehbar; die in die Ecke Gestellten versuchen den Druck untereinander zu verteilen. Teilgruppen entziehen sich wenn sie können und üben sich ebenfalls in Schuldzuweisung, da die Individualisierung der Verantwortlichkeit der gesellschaftlichen Probleme schon so nachdrücklich in die Köpfe eingetrichtert wurde. Die Exit-Option, das Entfliehen in ›bessere‹ Gegenden ist eine andere Version des individuellen Umgangs. Allerdings ist diese nur noch für wenige nicht gänzlich Abgehängte möglich. Die vorherrschende Logik der Fingerzeig-Distanzierung verdeckt zumindest die ähnliche Betroffenheit und scheint eine Solidarisierung kaum möglich zu machen. Die massive Flut an inszenierten Bildern und gekauften O-Tönen, die der scheinbar objektiven Argumentationskette Unterfütterung bietet, macht es offensichtlich zunehmend undenkbar, die Kette selbst noch in Frage zu stellen. Das sich selbst bestätigende Prophezeiungssyndrom wird durch die ›natürlich ist es so, aber das sind nicht wir, sondern die‹ -Aussagen Betroffener gestützt. **GENAU DAS MEINT ›RÜTLITERROR‹, EIN MEDIALER FELDZUG, DER MIT GEZIELTEN ANSCHLÄGEN DIE REALITÄT VERZERRT.** Und so ist es kein bildungspolitisches sondern ein gesellschaftliches Phänomen.

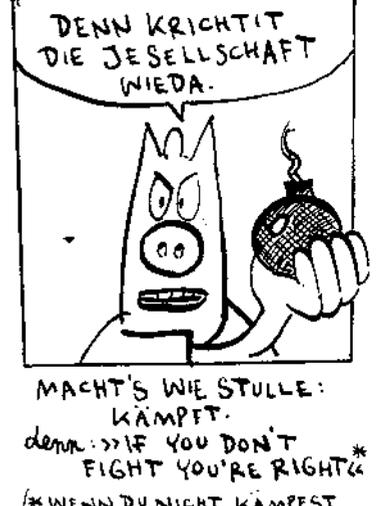


Dennoch ist es ein höchst tückisches Feld sich in diese massenmedialen Meinungsbildungsprozesse einzumischen. Denn auch Mindermeinungen sind Stützen der vorgetragenen, herrschenden Logik. Sie können sie sogar in ein fortschrittliches Licht rücken, weil die ewig gestrigen »Gutmenschen« immer noch ihre »kuschelpädagogischen Ansätze« gegen die »neuen Erkenntnisse« stellen, dass dem ganzen Unheil eben nur noch mit harter Hand begegnet werden könne.

Demzufolge befinden sich an erster Stelle all diejenigen im Kampf gegen den Rütli-Terror, die sich weder mit den globalen Herrschaftsverhältnissen und ihren Auswirkungen noch mit der verallgemeinerten, öffentlichen Wahrnehmung zufrieden geben. Weil die Überwindung der Entsolidarisierung und abgrenzenden Schuldzuweisungen – wenigstens in Ansätzen – wohl eine Voraussetzung für die Überwindung der sozialen Zu- oder besser Missstände bleibt. **ES GILT UMSO MEHR, SICH ENTLANG DER GEMEINSAMKEITEN IN DEN SOZIALEN KÄMPFEN ZU ORIENTIEREN UND LETZTLICH ZU ORGANISIEREN.** Soziale Bewegung zu erleben, braucht erheblich mehr Aufwand und längerfristige, radikalere Perspektiven, mehr als Ansätze punktueller Massenmobilisierung oder kreativ-bildträchtige Aktionen. Ob die sprachlich derart vom Alltag entfernte Textarbeit eines politischen Aktivisten dafür einen Beitrag zu leisten vermag, bleibt allerdings höchst fragwürdig.

Yann Eric Döhner, 30, engagiert im BERLINER SOZIALFORUM (www.socialforum-berlin.org) und bei FUSION- Intercultural Projects Berlin e.V. (www.fusionstreet.com), dem freien Träger des Jugendzentrums *Manege* gegenüber der Rütlichschule.

»im berliner sozialforum habe ich den politischen raum gefunden, in dem unterschiedliche positionen, traditionen und vorstellungen zum produktiven streiten zusammenkommen, was sehr lehrreich ist. gleichzeitig finden sich dort genügend querdenkerInnen, um ideen in projekte zu verwandeln, ohne ständig gruppenidentitäten formieren zu müssen. fusion gibt mir die chance, tagtäglich hautnah einen bezug zu den kämpfen und auch resignationen von abgehängten menschen in einer wohlstandsgesellschaft zu bewahren. zumindest zu den kindern und jugendlichen, was wahrscheinlich noch der dankbarere zugang ist. prekär in meinem leben ist, dass politisches/soziales engagement zunehmend durch die brötchen-erwerbsarbeit aufgefressen wird und damit die balance immer schwerer zu halten ist zwischen notwendiger anpassung an gesellschaftliche realitäten und den zwängen der eigenen sozialisierung darin einerseits und andererseits der umsetzung der eigenen idee vom guten leben.«

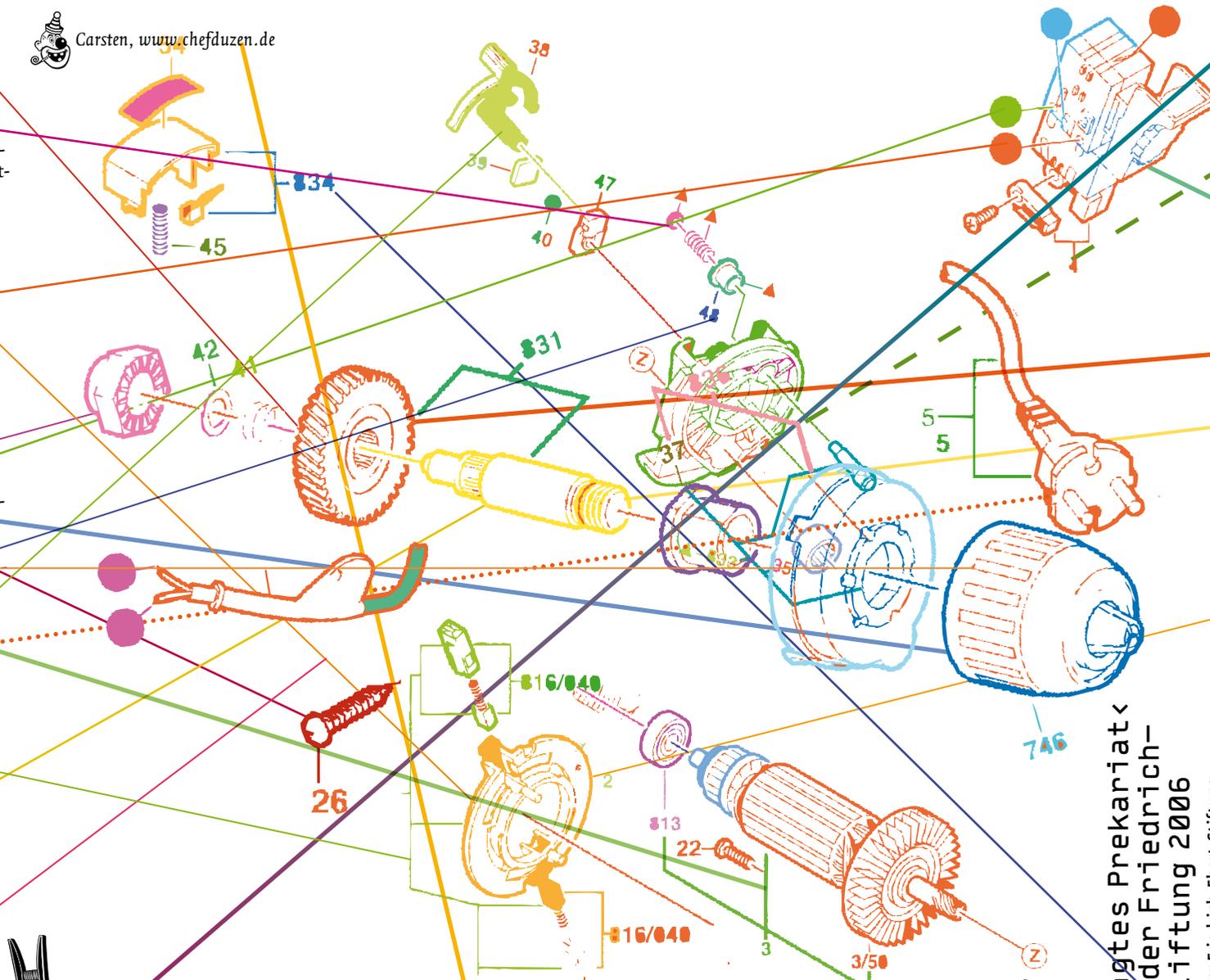
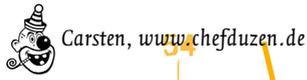


Ein Versuch, den Informationsaustausch und die Diskussion zwischen Erwerbslosen und Malochenden, zwischen Stammebelegschaften, LeiharbeiterInnen und Scheinselbstständigen zu ermöglichen, bestand in der Einrichtung der Internetplattform www.chefduzen.de

– dem »Forum der Ausgebeuteten«. Und dieses Internetprojekt wurde besser angenommen als je von den OrganisatorInnen erhofft. Es tauschen sich dort inzwischen auch diejenigen aus, die weder von Gewerkschaften noch von den Linken erreicht werden. Ich-AGlerInnen, Leute aus Druckerkolonnen, LeiharbeiterInnen, SchwarzarbeiterInnen, Leute die von ihren Knast-erfahrungen, ihren Leben ohne Krankenversicherung oder von Obdachlosigkeit berichten.

Etwa 2.000 Menschen tauschen sich täglich über Probleme mit Job, Ämtern oder Schulden aus und suchen nach individuellen Lösungen oder Möglichkeiten, sich kollektiv zu wehren.

Chefduzen.de hat bisher allen Angriffen aus der rechten Szene und von Ausbeutern standgehalten. Die Möglichkeiten im Netz werden von der Plattform weitgehend ausgereizt: Zahllose Male haben sich die User über Rechte, Tricks und Kniffe gegenseitig aufgeklärt, was im wirklichen Leben oft eine Hilfe war und sich immer wieder auch ökonomisch ausgezahlt hat.



Der Austausch im Netz ist aber nur ein erster Schritt. Es ist noch viel zu tun, damit sich kollektive Kämpfe entwickeln können. An verschiedenen Orten haben sich Leute zu Stammtischen verabredet. Es ist aber wohl noch ein weiter Weg zu Basisgruppen, wie sie z.B. in Argentinien existieren. Ansätze gab es ja bereits beim Wilden Streik bei OPEL Bochum, wo AnwohnerInnen, Erwerbslose und Leute aus anderen Betrieben den betrieblichen Kampf von außen unterstützten. Der Generalstreik in Spanien gegen die Verschlechterung der Bedingungen von Arbeitslosen und der österreichische Generalstreik gegen die Heraufsetzung des Rentenalters zeigen, dass Kämpfe auch über den Tellerrand der Firma oder eigenen Situation hinausgehen können.



>abhängtes Prekariat
/Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung 2006

Laut einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung gehören 6,5 Millionen Menschen in der BRD zum »abhängten Prekariat«. Dies wird charakterisiert durch ungeschützte, so genannte flexibilisierte Arbeitsverhältnisse, Arbeitslosigkeit oder Niedrigsteinkommen, Verschuldung oder mangelnde Bildung sowie geringe bis keine Aufstiegschancen.

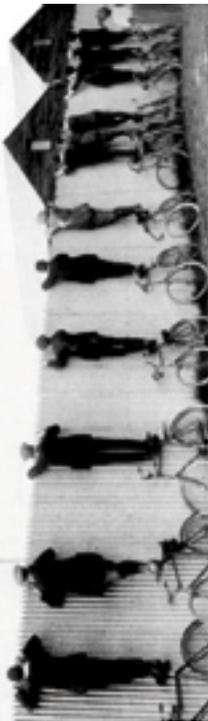
Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung (Auszüge)
http://www.fes.de/aktuell/documents/061017_gesellschaft_im_Reformprozess_komplett.pdf

abhängtes Prekariat



Fordismus/ Postfordismus

Fordismus bezeichnet die standardisierte Massenproduktion von Konsumgütern in wissenschaftlich optimierter Fließbandarbeit. Fordismus ist nicht nur eine bestimmte Form der Warenproduktion, sondern ein System ökonomischer, politischer und sozialer Zusammenhänge. Postfordismus ist gekennzeichnet durch Just-in-time Produktion – d.h. die Produktion von Gütern und Dienstleistungen werden genau auf die Nachfrage abgestimmt – und eine Flexibilisierung des gesamten Arbeitsprozesses. Arbeiten, die nicht direkt den zentralen Kern der Firma betreffen, werden ausgelagert (> Outsourcing).



Klassenlage

Eine Bevölkerung lässt sich anhand von verschiedenen Merkmalen, wie Besitz- oder Einkommensverhältnisse, ähnliche Berufe/Qualifikationen etc. untergliedern. Menschen, die unter ähnlichen Bedingungen leben, besitzen dieselbe Klassenlage, da sie ähnliche Lebenserfahrungen, Lebenschancen und Risiken besitzen. Diese Klassenlage beeinflusst das Denken, die Vorstellungswelt, die Mentalität, Werte, Interessen, Ideologien und Verhaltensweisen der Menschen. Daraus entsteht eine Art »Klassenbewusstsein« (Karl Marx) oder »Klassenhabitus« (Pierre Bourdieu).



Sabine Lehmann ist nach einer längeren Krankheit arbeitslos geworden und lebt von Hartz IV. Nun hat sie auch die Angst, ihre zweieinhalb Zimmer umfassende Wohnung verlassen zu müssen, für die sie monatlich 450 Euro Warmmiete zahlt – zu viel für Erwerbslose, wenn es nach dem Gesetzgeber geht. Von ihrer Arbeitsagentur hat Frau Lehmann schon die Aufforderung zur Senkung ihrer Mietkosten erhalten. Sie legte Widerspruch ein, fürchtet aber noch immer, womöglich doch ihre Wohnung zu verlieren.

Maria Schmidt hingegen hat das umgekehrte Problem. Die erwerbslose Akademikerin muss ausziehen, weil ihr Vermieter den Vertrag nicht verlängert hat, nachdem der Hauptmieter ausgezogen ist. Doch trotz mündlicher Zusage weigert sich ihre Arbeitsagentur die Kosten für den Umzug und die Mietkosten für die neue Wohnung zu übernehmen. Auch Schmidt legte Widerspruch ein. Die beiden Frauen sind keine Einzelfälle.

Nach der Einführung von Hartz IV müssen viele Betroffene um ihre Wohnungen fürchten.

Doch Sabina Lehmann und Maria Schmidt wollen ihre Probleme mit den Ämtern nicht alleine lösen, wie viele andere Menschen. Sie haben sich an die Berliner »Kampagne gegen Zwangsumzüge nach Hartz IV« gewandt. Dabei handelt es sich

Kein Umzug unter dieser Nummer

Von den Chancen und Schwierigkeiten, den Kampf um die eigenen Wohnung zu politisieren



Internationale KommunistInnen

um ein Bündnis von Einzelpersonen, die verhindern wollen, dass Erwerbslose neben ihrer Arbeit womöglich auch noch ihre Wohnung verlieren. »Der Schwerpunkt unserer Arbeit ist, den Betroffenen Tipps zur Selbsthilfe zu geben«, erklärte eine Mitbegründerin. Im April 2006 wurde eine kostenfreie Hotline geschaltet. Unter 0800-272 72 78 können sich Betroffene werktags von 10 bis 13 Uhr Tipps zur Selbsthilfe holen. Über die Reaktion waren die AktivistInnen selber erstaunt. »Die Nummer war kaum geschaltet, schon klingelte das Telefon«, meint ein Kampagnenmitarbeiter.

Die Fälle werden protokolliert und dokumentiert. Dabei lässt sich nach Meinung der AktivistInnen häufig feststellen, dass die Ämter die Richtlinien des Senats missachten.

Um so wichtiger ist es für die Betroffenen, dass eine unabhängige Anlaufstelle existiert. Dass Vertrauen in die Ämter haben viele längst verloren. Die Berliner Kampagne hat mittlerweile im gesamten Bundesgebiet NachahmerInnen gefunden.

Von der Selbsthilfe zum Widerstand

Doch bei der Beratung soll es nach Meinung vieler AktivistInnen nicht bleiben. »Wenn es wirklich zu Zwangsräumungen kommen sollte, weil die Ämter die Mietkosten nicht übernehmen, müssen wir auch vor Ort sein und den Betroffenen zeigen, dass sie nicht allein sind,« so eine Berliner Kampagnerin.

Dieser Schritt zur Selbsthilfe zum Widerstand wird von vielen AktivistInnen geteilt, ist aber mit vielen Schwierigkeiten verbunden. Zunächst erwirkt das Jobcenter direkt die Räumung. Es sind die HausbesitzerInnen, die nach Gerichtsentscheiden Gerichtsvollzieher und Räumdienste losschicken. Das führt natürlich noch mehr dazu, dass die Räumungsdrohung als individuelles Schicksal zu interpretieren und nicht damit in die Öffentlichkeit zu gehen. Hinzu kommt, dass Betroffene zumindest in größerer Zahl nur bereit sind, auf Räumungsaufforderungen mit politischem Widerstand zu reagieren, wenn zumindest eine Chance auf Erfolg besteht. Ein einmaliger medienwirksamer Event kann sicher nicht im Interesse der Betroffenen sein.

Dazu lohnt ein Blick in die Geschichte. **Denn der Widerstand gegen Zwangsräumungen ist nicht neu.** Gerade in der Weimarer Republik nahm er vor allem in den ArbeiterInnenvierteln Berlins zeitweise massenhafte Formen an. Es kam zu MieterInnenstreiks, MieterInnenräte wurden gebildet. **Versuche, einzelne MieterInnen zu räumen, wurden von den BewohnerInnen gemeinsam verhindert.**

In bestimmten Stadtteilen wurden Räumungsversuche gar nicht erst versucht. Die Behörden und die Polizei fürchteten die gut organisierten BewohnerInnen, die sich mit Barrikaden und Blockaden dagegen wehrten. Denn die Alternative wäre das Obdachlosenheim gewesen.

Sind das nur nostalgische Erinnerungen an längst vergangene Kämpfe? Nicht, wenn wir analysieren, welche Bedingungen, damals den Widerstand gegen Zwangsräumungen möglich machten. Dazu gehörte ohne Zweifel das Zusammenleben von vielen Menschen in der gleichen Klassenlage und unter extrem prekären Lebensbedingungen auf engstem Raum. Wie die großen fordistischen Massenfabriken, boten auch die proletarischen Kieze Chancen für einen gemeinsamen Widerstand. ...



Zurück zum
proletarischen Kiez?

Eine effektive Ver- oder
zumindest Behinderung
von Wohnungsräumun-
gen setzt auch heute
eine Verankerung in den
Stadtteilen voraus, in

denen die Bevölkerung mit
wenig Einkommen lebt. Das
mag in Zeiten der ständigen
Wohnungswechsel ein hoher
Anspruch sein. Eine solche
Verankerung hat auch nichts
mit einer oft zitierten ›Ver-
wurzelung im Kiez‹ zu tun.
Man muss nicht Jahrzehnte in
der gleichen Straße gewohnt
haben, um dann irgendwann
auch mal in die Strukturen
reinzuwachsen. Die Veran-
kerung in Stadtteilkämp-
fen ist eine bewusste
politische Entscheidung.

Sie kann beispielsweise durch
Stadtteilzentren gefördert
werden, in denen nicht bloß
die subkulturellen Freiräu-
me abgefeiert werden und
die NachbarInnen doch
bloß als SpießlerInnen ge-
sehen werden. Stattdessen
könnten Veranstaltungen
zu politischen und sozialen
Themen angeboten werden,
die auch bei Menschen aus
der Nachbarschaft ohne
Szene-Hintergrund Interesse
finden. Die Räume könnten
für Sozialberatungen und
Nachbarschaftstreffen unter
Einbeziehung von weiteren
sozialpolitischen Initiativen
wie MieterInnengemein-
schaften etc. offen stehen.

Auf diese Weise könnten
sich tragfähige Struk-
turen bilden, die auch
Zwangsräumungen
ver- oder zumindest
behindern.

Daneben ist auch für die-
sen Widerstand ein breiterer
politischer Resonanzraum
nötig, in dem er eingebettet
werden kann. Der Euromayday
als Ort des Widerstands ge-
gen Prekarisierung ist dafür
gut geeignet. Ein Anfang ist
gemacht. Unter dem Mot-
to ›Zieht doch selber um‹
veranstalteten Betroffene
gemeinsam mit linken Grup-
pen am 28.04.2006 einen
Aktionstag in Neukölln.
Wenige Tage später auf dem
Mayday 2006 in Berlin waren
AktivistInnen der Berliner
Kampagne gegen Zwangs-
umzüge mit Transparenten
und Flugblättern vertreten.

www.interkomm.tk

»Wohnen,
Würde,
Widerstand!«

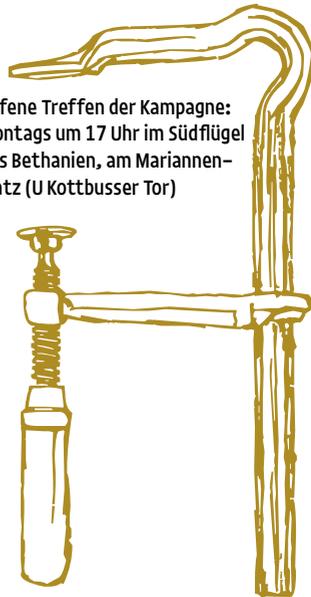
Die Kampagne
gegen
Zwangs umzüge

Jede Woche versammeln sich Be-
troffene und AktivistInnen bei der
Berliner Kampagne gegen Zwangs-
umzüge im Bethanien, um gemein-
sam zu beraten, Aktionen zu planen,
und die Anrufe des Notruftelefons
auszuwerten. Das Notruftelefon
wird ehrenamtlich betrieben und
soll eine erste Ansprechmöglichkeit
sein. Das Notruftelefon berät nicht
nur über die Rechtslage, sondern
gibt auch praktische Tipps und
Unterstützung.

Die Kampagne fördert Solidarität
und gute Nachbarschaft auch mit
dem Aufbau von Telefonketten.

Notruftelefon: 0800-2727278
(Montags-Freitags 10-13 Uhr)
www.zwangsumzuege.de

Offene Treffen der Kampagne:
Montags um 17 Uhr im Südflügel
des Bethanien, am Mariannen-
platz (U Kottbusser Tor)



Organisierung der Unorganisierbaren. Unterschicht, Urbane Penner und Digitale Bohème



Hae-Lin Choi

Ungesichert, befristet, schlecht bezahlt und vereinzelt: Immer mehr Menschen leben und arbeiten unter prekären Bedingungen – und das meist nicht frei gewählt. Was kann man dagegen tun? Get organized!

Schlagworte wie *Prekariat*, *Generation Praktikum* oder *working poor* versuchen das Phänomen zu beschreiben, das der französische Soziologe Robert Castel als ›Rückkehr der Unsicherheit‹ bezeichnet hat, dass eben die Unsicherheit in eigentlich reiche und gut entwickelte Gesellschaften zurückkehrt, dass man auch trotz Arbeit arm sein kann und sich all-gemein dieses Gefühl breit macht: Niemand ist sicher. Traditionelle Schutzmechanismen, wie gewerkschaftliche Interessenvertretung funktionieren in diesen

(eigentlich nicht mehr ganz so) ›neuen‹ Formen der Arbeit häufig nicht mehr, weil sie entweder die Leute nicht erreichen können (gibt es momentan irgendwas, das weniger Sexappeal hat als Gewerkschaften?) oder tarifliche Regelungen bei Freelancern, Scheinselbständigen oder in ausgelagerten, dezentralen Betriebsstrukturen von Kleinunternehmen nicht greifen. Andererseits gelten prekär Beschäftigte als ›unorganisierbar‹, aufgrund ihrer schwierigen, unsicheren Lebenssituation; häufig sind es auch Frauen, Menschen

mit migrantischem Hintergrund, niedrig qualifizierte und junge Menschen, die in Dienstleistungsbranchen arbeiten, zu denen die Gewerkschaften seit je her einen schlechten Draht hat. Prekär Beschäftigte scheinen also doppelt gearscht. Von Gesellschaft und Gewerkschaft abgehängt? Dumm gelaufen.

Dass eine Organisierung der vermeintlich Unorganisierbaren möglich und sinnvoll ist, und auch die Gewerkschaften verändern kann, zeigt ein Blick über den Tellerrand. Seit fast 20 Jahren sorgt die sog. *Justice for Janitors*-Kampagne (Gerechtigkeit für Putzfrauen) der amerikanischen Dienstleistungsgewerkschaft SEIU (Service Employees International Union) für Furore (auch bekannt aus dem Film ›Bread and Roses‹ von Ken Loach). Die SEIU hat es geschafft, mit inzwischen über 225.000 Putzkräften erhebliche Lohnsteigerungen, Krankenversicherung und gewerkschaftliche Vertretung zu erkämpfen.

Erst im vergangenen November wurde ein vierwöchiger Streik von über 2.000 Putzkräften im texanischen Houston erfolgreich beendet. Ein entscheidender Ansatz der SEIU ist es, gewerkschaftliche Organisierung *back to the roots* zu bringen und nicht für die Beschäftigten zu kämpfen, sondern mit ihnen.

Daher liegt die Stärke solcher Kämpfe in der Erkenntnis, dass niemand besser für die Verbesserung von Arbeitsbedingungen kämpfen kann, als die Betroffenen selber.

Interessant ist auch, dass die Mehrheit der AktivistInnen Frauen mit migrantischem Hintergrund sind, oftmals mit ungesichertem Aufenthaltsstatus, Menschen also mit wenig Arbeitsmarktmacht und Durchsetzungspotenzial und in der Skala der Organisierungseignung eigentlich eher ganz unten angesiedelt. Dennoch haben sie die berühmteste Organisierungskampagne der jüngeren Vergangenheit getragen und damit auch die gesamte Gewerkschaft an sich nachhaltig verändert. Wichtig für solche Erfolge ist ebenfalls, dass es ein breites Netz von Unterstützung gibt. Auch in Berlin sind Leute in Solidarität mit den Streikenden auf die Straße gegangen und haben gegen die globalen Unternehmen, die die schlechten Arbeitsbedingungen zu verantworten haben, protestiert.

Ein anderes Beispiel ist Italien, dort sind aus selbstorganisierten Strukturen von prekär Beschäftigten Gewerkschaften der atypisch Beschäftigten entstanden, die unter dem Motto: *Niemand wird ausgeschlossen!* seit Ende der 1990er Jahre schon über 50.000 Menschen organisiert haben. Unter den Mitgliedern sind besonders viele Beschäftigte, die sich sonst kaum organisieren: LeiharbeiterInnen, die alle drei bis vier Monate mal hier mal da arbeiten und Selbständige, von denen man sagt, dass sie individualistische ›Jobnomaden‹ sind, die ihre Probleme am liebsten alleine lösen, für die Selbstbestimmung und Autonomie zentral sind und die Organisierung und Kollektivität ablehnen. Dennoch sind die italienischen Gewerkschaften der atypischen Arbeit mittlerweile die am schnellsten wachsenden Gewerkschaften innerhalb der Dachverbände, was ein Indiz darauf ist, dass Organisierung nicht nur möglich, sondern auch gewollt ist.

Außerdem zeigt sich, dass die Suche nach einer Entwicklung neuer Kollektivstrukturen im flexiblen Kapitalismus lohnenswert ist.

Neben vielen Angeboten zur sozialen Sicherung, Beratung und Unterstützung in rechtlichen Angelegenheiten haben die italienischen Gewerkschaften schon erste Arbeitskämpfe mit LeiharbeiterInnen gewonnen. Und es gibt noch

viele andere Beispiele für die Organisierung von prekär Beschäftigten in Korea, Australien, England usw.

Aber man muss gar nicht so weit weg schauen, wenn man Organisierungssuccess finden will. Auch in Deutschland versuchen die Gewerkschaften seit geraumer Zeit prekär Beschäftigte zu organisieren. Beispiele hierfür sind die LIDL-Kampagne, mit der ver.di versucht, auf die miesen Arbeitsbedingungen bei LIDL aufmerksam zu machen und Beschäftigte zu organisieren. Die mittlerweile seit zehn Jahren laufende ›Schlecker‹-Kampagne, in der mutige ›Schlecker‹-Verkäuferinnen schon über 100 Betriebsräte organisiert haben. Das neueste Projekt im Hamburger Sicherheitsgewerbe zur Organisierung von prekären Wachschützern, die aktuell vieldebattierte Mindestlohnkampagne oder der Beratungsservice für Selbständige, *mediafon.net*. Das IG Metall Projekt ZOOM versucht ZeitarbeiterInnen zu organisieren, die IG BAU hat ein Projekt zur Organisierung von WanderarbeiterInnen initiiert und prekäre Wissenschaftler finden sich an den Unis zusammen.

Auch wenn Begriffe wie Organisierung und Institutionen wie Gewerkschaft überhaupt nicht sexy klingen: An unsicheren Scheissjobs ist auch nichts sexy und daher führt kein Weg daran vorbei: get organized!

Bohème 2007:



digital



analog

Hae-Lin Choi hat Politikwissenschaften studiert und arbeitet für das *ver.di* Projekt *Perspektiven*; sie forscht zu Prekarisierung in den USA, Korea und Deutschland



Oder: **Work in progress** – reicht uns nicht

Im Land der begrenzten Möglichkeiten ist vieles machbar. Zum Beispiel beim Mayday

 Für eine linke Strömung (FELS)

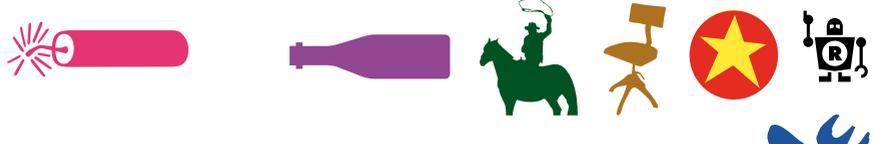


Prekarisierung, prekär, Prekariat – diese vor einem Jahr nahezu noch unbekannt Vokabeln aus dem linken Wörterbuch sind mittlerweile in aller Munde. Doch meinen wirklich alle das Gleiche? Zum Beispiel haben wir seitdem das ›abgehängte Prekariat‹ (Friedrich Ebert Stiftung) kennen gelernt. Oder die ›neue Unterschicht‹ (Kurt Beck). Sie sitzt, wie man hört, hoffnungslos, träge und Dosenbier trinkend vorm Fernseher.

Neuerdings gibt jedoch auch die so genannte digitale Bohème ihren Senf dazu. Bloß leider anders. Mit lautem Hurra bejubelt sie Existenzangst als Flexibilität und Unsicherheit. Ganz nach dem uralten religiösen Motiv ›Wenn du etwas nicht ändern kannst, ändere deine Einstellung dazu – und du wirst in Frieden leben und sterben.‹



Nachdem es vorher schon Mayday-Paraden in Hamburg, Mailand, Paris und vielen anderen Städten gegeben hat, fand vor einem Jahr auch Berlin Anschluss an die Bewegung der prekär Beschäftigten in Europa. 6.000 Menschen zogen auf der ersten Mayday-Parade durch die Stadt und protestierten gegen die manchmal schleichende, manchmal plötzlich einsetzende Prekarisierung von Arbeit und Leben. **Auf vielfältige und kreative Weise beteiligten sie sich an der Gestaltung des Umzugs und bewiesen, dass auch in Berlin am 1. Mai neue Formen des sozialen Widerstands möglich und auch dringend nötig sind.**

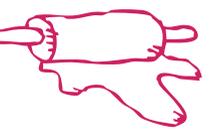
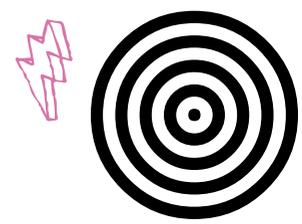


Die öffentliche Diskussion über Unterschicht, Abgekoppelte und Überflüssige führt deshalb auf den Holzweg. Denn sie nährt die Illusion, es gäbe nichts Verbindendes. Arbeitslose werden als unmündig, antriebslos und dumpf diffamiert – mit Konsequenzen für das Fremd- und Selbstbild der Betroffenen. **Wir meinen: Die Gemeinsamkeiten in der Prekarität nehmen zu.** Es kommt bloß darauf an, sie auch sichtbar zu machen – unter anderem beim Mayday.

Doch egal ob die vom Abstieg bedrohte junge Mittelschicht alias digitale Bohème ihre Phantasie und Anpassungsbereitschaft abfeiert oder ob sie sich als ›urbane Penner‹ selbst bemitleidet, weil sie nicht mehr weiß, wo sie und ihr MacBook den Tag verbringen sollen – mit verzweifelter Kraft bemüht sie sich, bloß keine Ähnlichkeit zum Lidl-Prekariat erkennen zu lassen. Die zunehmend eigentums- und perspektivlose Mittelschicht mag nicht zugeben, dass so etwas Unerotisches wie die Mindestlohndebatte auch Fragen ihres Lebens berührt. Anders als die sprichwörtlichen Neu-Reichen, die den Lebensstil ihrer Vorbilder penetrant nachahmen, üben sich die Neu-Prekären aus mittelgutem Hause krampfhaft in Distinktionsgewinn – und übersehen dabei, dass sie mit dem guten alten Proletariat mehr gemeinsam haben als sie meinen.

Wir wollen nach den Unterschieden fragen, ohne die Ideologie von den unüberbrückbaren Differenzen zu reproduzieren. Wo kreuzen sich die Wege der philippinischen Haushaltshilfe, die ihre Arbeitskraft nur dann verkaufen kann, wenn sie deren ortsüblichen Preis unterbietet, mit denen des selbstständigen IT-Arbeiters, dessen Auftrag am Monatsende ausläuft? Und der nicht weiß, was dann kommt? Wie streikt eigentlich, wer gar kein festes Arbeitsverhältnis hat? Wie treibt jemand ohne gesicherten Aufenthalt seinen Lohn ein, wenn der Chef nicht zahlt? Wie können auch Erwerbslose am 1. Mai, dem traditionellen Kampftag der Arbeit, für ihre Interessen kämpfen? Und wie stellt sich das prekäre Leben für einen Asylbewerber in Brandenburg dar?





Uns geht es beim Mayday um zweierlei. Zum einen wollen wir zeigen, dass der Alltag vieler Menschen durch den Zwang zur Verwertung geprägt ist, durch ein Leben im und für den Kapitalismus. Wir wollen darüber diskutieren, wie es ganz anders sein könnte. Wir knüpfen an die Idee des bedingungslosen Grundeinkommens für alle an. 1.500 Euro uneingeschränkt für jede und jeden – egal ob Industriearbeiter, Flüchtling, Studentin oder Designerin. Wir fordern ein Existenzgeld, das den Lebensunterhalt aller sichert – egal ob mit oder ohne Arbeit. Auch die Forderungen nach einem Recht auf Legalisierung und globaler Bewegungsfreiheit gehören auf den Mayday. Auch sie stellen die bestehende Ordnung, die staatliche Kontrolle über Bevölkerung und Migrationsbewegungen grundsätzlich in Frage.

Zugleich ersetzen diese umfassenden Forderungen nicht die Frage nach den konkreten Handlungsmöglichkeiten in prekären Verhältnissen. Das ist unser zweites Anliegen. **Der Mayday soll die vielen kleinen Widerstandsmöglichkeiten gegen die Zwänge der Prekarisierung sichtbar machen und zeigen, dass Organisation sehr wohl etwas bringt.** Auf den Mayday gehören die bereits erprobten alltäglichen Praktiken, wie die Aneignungs-Aktionen von Berlin umsonst und den Überflüssigen ebenso dazu wie die Schutzzehe zwischen Deutschen und Illegalisierten, die Selbstorganisation der Erwerbslosen-Initiativen, die Arbeitskämpfe bei Gate Gourmet oder der BSH. Und auch mit den jüngsten Versuchen der Gewerkschaften, Menschen in prekären Arbeitsverhältnissen zu organisieren, wollen wir uns auseinandersetzen, mit der Organizing-Kampagne, der LIDL-Initiative von ver.di oder dem Verband der Wanderarbeiter, der Beschäftigte in der Bauwirtschaft grenzüberschreitend vertritt.



Es ist uns klar, dass ein solcher Jahrmarkt der linken Möglichkeiten allein nicht ausreicht, um der Prekarität des Überlebens befriedigende Antworten entgegen zu setzen. Wir wissen aber, dass wir gegenwärtig nicht viel mehr leisten können, als einen Austausch- und Lernprozess und eine ›Politik der guten Beispiele‹ zu organisieren, die zumindest punktuelle Auswege aus den Verhältnissen aufzeigen.

Wir würden uns freuen, wenn am Ende mehr entsteht als ein Nachbereitungstreffen. **Um wirkliche Perspektiven zu entwickeln, müssen wir uns auf die Suche begeben nach den Konfliktlinien und Widerstandspotenzialen, die im prekären Alltag liegen.** Dabei können wir auch auf die Erfahrungen des europäischen Mayday-Netzwerks zurückgreifen: mit San Precario und seinen Anlaufstellen in Italien, mit den Superhelden in Hamburg, mit der Massenbewegung gegen die Aufweichung des Kündigungsschutzes in Frankreich. Dann kann aus dem Sammelsurium sozialer Kämpfe irgendwann ein Kampf für soziale Rechte werden – weltweit.

Und noch was: Wir wollen zugleich daran erinnern, dass der 1. Mai auch ein Feiertag ist, ein Feiertag für den Einfallsreichtum der Ausgebeuteten und für ihre Erfolge gegen Staat und Kapital. Sorgen wir dafür, dass es wieder was zu feiern gibt – auch in Berlin.





> San Precario

Die Prekarierten haben einen Schutzheiligen – jedenfalls in Italien. Ob man es glaubt oder nicht, San Precario hält seine schützende Hand über alle LeiharbeiterInnen, Scheinselbstständige, Alleinerziehende, Freelancer, Minijobber, illegalisierte Flüchtlinge, verarmte RentnerInnen, Erwerbslose, DauerpraktikantInnen, Niedrig- oder TagelöhnerInnen und über alle, die noch darben im Universum der prekären Arbeit. Erstmals erschienen ist San Precario vor drei Jahren in Mailand. Dort führte seine übergroße Statue eine Sonntagsprozession der Prekarierten an. Unter Gebeten und Opfergaben an den gütigen Heiligen veranlassten seine Jünger die Schließung der Geschäfte, die ihre VerkäuferInnen auch sonntags schufte ließen. Die Sache machte Furore, und fortan blickte San Precario auch in anderen Städten Italiens gütig lächelnd auf seine Schäfchen herab und ermutigte sie in ihrem frommen, rebellischen Treiben. Seitdem fehlt der Heiland auf keinem Umzug gegen Ausbeutung und prekäre Arbeit, selbst nach Köln hat er bereits einen Abstecher unternommen. Der EuroMayday ist indes seine bevorzugte Prozession. Mittlerweile haben in fast allen großen Städten Italiens

Anlaufstellen für Prekarierte geöffnet, die Puntì San Precario. Dort beraten und unterstützen seine AnhängerInnen die Beschäftigten, die ihre Situation nicht unwidersprochen hinnehmen wollen. Hier formiert sich der Protest gegen miserable Arbeitsverhältnisse landesweit. Und die Prekarierten wissen, dass sie Recht tun, denn es ist sein Wille:

Heiliger Prekarius

– erhöre uns!

Wir sind die Prekarierten in dieser globalisierten Welt. Wir sind die Überflüssigen – und Verzweifelten, die Gestressten und Rechtlosen.

Heiliger Prekarius, wir sind im Streben um globale Gerechtigkeit eins mit Dir!

Deine Worte sind auch unsere Worte. Deine Taten sind auch unsere Taten! Und so sei es jetzt wie am Anfang unserer Tage und in Ewigkeit:

Omnia sunt communia – alles gehört allen!

<http://www.sanprecario.info>

<http://www.sanktprekarius.tk/>

Generation Praktikum

Im Februar 2006 veröffentlichte die DGB-Jugend eine Studie zum Phänomen 'Generation Praktikum'. Sie kommt zu dem Ergebnis, dass schlecht bezahlte oder unbezahlte Praktika von HochschulabsolventenInnen zunehmen. Die Unternehmen und Institutionen nutzen die Qualifikationen der Betroffenen, ohne sie dafür angemessen zu entlohnen. Dies widerspricht nicht nur dem Sinn der Berufsorientierung. Es benachteiligt darüber hinaus diejenigen massiv, die sich ihren Lebensunterhalt selbstständig finanzieren müssen.

Studie der DGB-Jugend

www.dgb-jugend.de/mediabig/5388A.pdf

www.fairwork-verein.de/

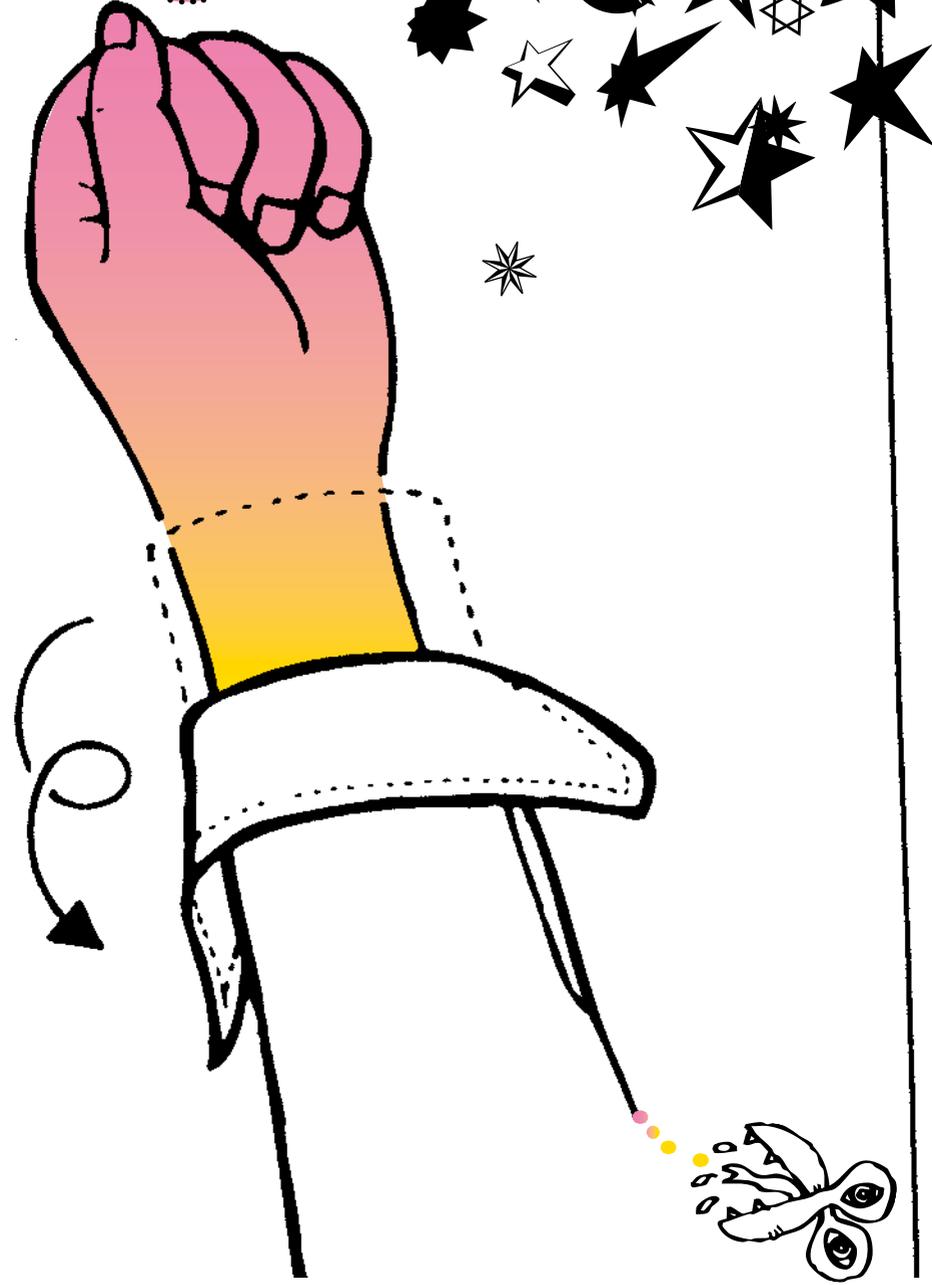


Freelancer

Ist von Freelancern die Rede, sind in der Regel freie MitarbeiterInnen oder auch 'Frei-beruflerInnen' gemeint, die nach Bedarf und meist projektbezogen für unterschiedliche Unternehmen arbeiten.



Jahr & Jetzt Starschnitt



»Wie retten Sie die Welt?« Teil II

Elisabeth, 29

1. Wie ist deine Arbeits- und Lebenssituation?

Es fing an, dass ich an keiner deutschen Uni mein BWL-Studium zu Ende bringen durfte. Ich war dreimal durch die selbe Prüfung gefallen. Mir blieb nichts anderes, als für viel Geld in den USA zu studieren. Vier Jahre später hatte ich meinen Abschluss in der Tasche. Doch hätte ich gewusst, dass ich nach zwei Jahren immer noch keinen Anstellung habe, hätte ich mir die 14.000 US\$ im Jahr an Studiengeld auch sparen können. Noch immer bin ich in den Miesen, weil ich den Kredit zurück zahlen muss. Nur womit? In Berlin habe ich keinen Job gefunden. Nun arbeite ich in Zürich – als Mädchen für alles in einem Fernsehproduktionsstudio. Was ich verdiene, reicht nicht mal zum Leben in der teuersten Stadt Europas.

2. Wie organisierst du dich für deine Interessen?

Organisierung? Das sieht man doch an den Gewerkschaften: Was die fordern, geht an meiner Lebenssituation völlig vorbei.

Timo, 30

1. Wie ist deine Arbeits- und Lebenssituation?

Ich arbeite als wissenschaftlicher Mitarbeiter an einer Provinzuni und genieße den Luxus mehr arbeiten zu dürfen, als ich bezahlt bekomme. Meine Arbeit ist eine Mischung aus klarer Hierarchie, prophetischen Gaben und eigenen Denkleistungen. Meine Arbeitszeit schwankt je nachdem, was zu tun ist, zwischen 6 und 12 Stunden am Tag - im Wochendurchschnitt kämpfe ich um eine 40h Woche.

Die Bezahlung orientiert sich noch am BAT (Bundesangestelltentarifvertrag, Anm. Red.) Ost, was mich als 30jährigen in eine relativ komfortable Situation bringt. Mich darüber zu beschweren, wird gerne von neu eingestellten KollegInnen mit einem Verweis auf ihre Einkommen nach TVÖD (Tarifvertrag Öffentlicher Dienst, Anm. Red.) als Jammern auf hohem Niveau gedisst. Willkommen in der Abwärtsspirale.

2. Wie organisierst du dich für deine Interessen?

Gerade bin ich nur passives Gewerkschaftsmitglied. Das hat zum einen mit meinem Arbeitspensum zu tun, zum anderen scheitert das Organisieren für meine Interessen an einer extrem passiven Arbeitsumwelt. Meine KollegInnen ärgern sich zwar auch über dieses und jenes, sobald es aber darum geht, ein eigenes Interesse zu formulieren, wird dies gerne mit dem Verweis auf die vermeintlich privilegierte Position, in der man ja sitze, weggewischt.

Richard, 31

1. Wie ist deine Arbeits- und Lebenssituation?

Ich bin 31 Jahre jung und werde demnächst Papa. Meine Partnerin ist schon lange immer nur befristet beschäftigt und wird nach der Geburt keine Anschlussbeschäftigung haben. Ich selbst arbeite als sozialversicherungspflichtig Beschäftigter in einer kleinen Agentur und verdiene »eher schlecht als recht«. Hier kümmerge ich mich neben der alltäglichen Arbeit auch immer um die Auftragsakquise. Von der hängt meine weitere Beschäftigung unmittelbar ab. Das heißt, wenn ich mir meine Arbeit und Bezahlung in diesem Rahmen nicht selbst organisiere, droht die Kündigung.

2. Wie organisierst du dich für deine Interessen?

Als Arbeitnehmer bin ich Gewerkschaftsmitglied. Das allein reicht aber selbstverständlich nicht aus, um die eigenen Interessen deutlich zu machen und zu vertreten. Und es schützt auch nicht automatisch davor sich selbst in prekären Arbeits- und Lebensbedingungen wieder zu finden. Deshalb setzte ich mich aktiv in der Gewerkschaft dafür ein, dass hier das Thema ernst genommen und bearbeitet wird, um gute Arbeit und sichere Lebensbedingungen für alle zu fordern.

Hans, 61

1. Wie ist deine Arbeits- und Lebenssituation?

Von Beruf aus bin ich Dipl.-Ing.(FH). Ich habe versucht, durch ein Öffentlichkeits-Projekt (Solares Bauen - erneuerbare Energien) mir bis in die Rente eine Existenz zu sichern. Trotz Absprachen mit der Administration wurde das Projekt von der Senatsverwaltung für Wirtschaftsförderung aufgrund personeller Veränderungen im Senat abgelehnt. Da ich schon erhebliche Mittel in dieses Projekt investiert hatte, brachte mich die Ablehnung in die Pleite. Seitdem lebe ich am Rande des Existenzminimums.

2. Wie organisierst du dich für deine Interessen?

Aufgrund meiner speziellen fachlichen Ausbildung, meines Alters und meiner gesundheitlichen Situation, ist es nahezu unmöglich eine Beschäftigung zu finden! Ich versuche mich trotzdem ständig fachlich zu informieren und qualifizieren. Außerdem versuche ich aufgrund meiner Erfahrung im Öffentlichkeitsbereich, mich publizistisch und fachjournalistisch zu betätigen.





Ulrike, 30

1. Wie ist deine Arbeits- und Lebenssituation?

Ich habe vor zwei Jahren meinen Magisterabschluss in Germanistik und Politikwissenschaft gemacht, dann ein Jahr an der University of Virginia Deutsch als Fremdsprache unterrichtet – mir aber in erster Linie Land und Leute angeguckt. Zur Zeit bewerbe ich mich um Promotionsstipendien. Zudem habe ich zusammen mit Uni-Leuten einen Projektantrag für Drittmittel gestellt. Um mich zu finanzieren, schäume ich regelmäßig Milch in einem Café, schreibe als freie Autorin für ein Stadtmagazin oder mache bei anderen kleinen Projekten mit. Wenn das mit den Stipendien nicht klappt, muss ich mir was anderes überlegen. Sprachunterricht (auch im Ausland) steht bei mir immer noch als Möglichkeit an. Selbst wenn ich meine Doktorarbeit schreiben werde, weiß ich nicht, was danach kommt – Unikarriere o.ä. schreckt mich eher ab.

2. Wie organisierst du dich für deine Interessen?

Ich diskutiere mit anderen über meine (auch finanziell manchmal desperate) Situation - es geht ja vielen in meinem Freundes- und Bekanntenkreis ähnlich. Ich mache eine Radiosendung im freien Radio, in der ich auch Themen wie Arbeit, Wandel der Arbeit, Trennung von Arbeit und Leben aufgreife. Ansonsten wurschtel ich gerade eher vor mich hin, nachdem ich zuvor kontinuierlich in politischen Gruppen mitgearbeitet habe. Um mich wenigstens wissenschaftlich zu vernetzen, überlege ich gerade, dem Bund demokratischer WissenschaftlerInnen beizutreten, will mich aber noch mehr informieren.

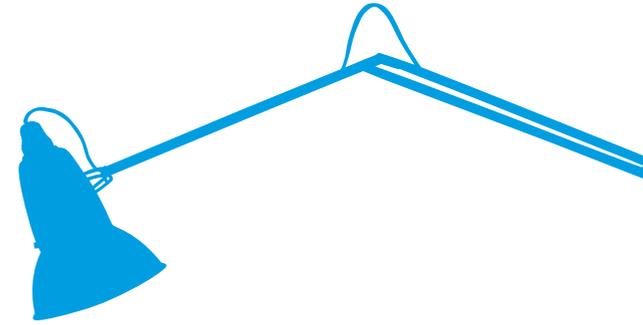
Rudi, 30

1. Wie ist deine Arbeits- und Lebenssituation?

Meine Lebenssituation ist ganz gut. Ich bin single und fühle deshalb manchmal blöd. Weiß nicht, ob das an den anderen (Gesellschaft) oder an mir liegt, dass ich mich blöd fühle. Meine Geldlage ist ziemlich prekär! Voll im minus, Dispo-Grenzbereich, aber ich habe ab Herbst eine feste Arbeit mit ca. 1.600 Euro im Monat in Aussicht und denke, dass ich so mittelfristig wieder raus komme.

2. Wie organisierst du dich für deine Interessen?

Wie ist das gemeint? Ich verfolge meine Interessen (Kunst) gnadenlos, bin mal mehr mal weniger organisiert. Früh aufstehen, abends nicht mehr als 3 Bier, Ordnung mit Formularen halten. Das sind so meine Organisations-Wunschziele. Wie gesagt, mal mehr, mal weniger.



Platz für Zeichnungen: